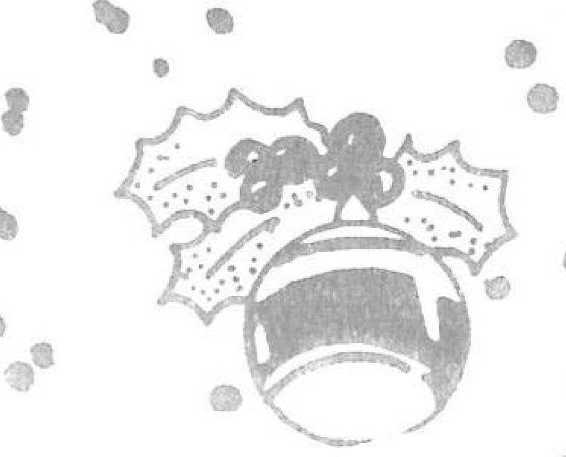
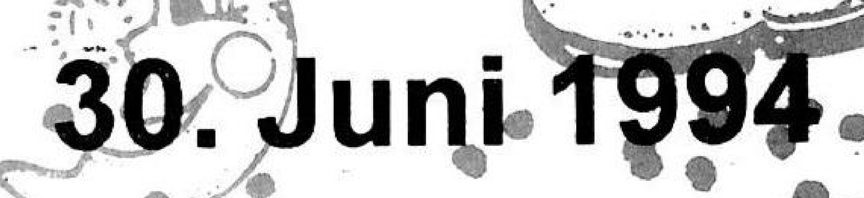
INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 293

30. Juni 1994

... noch ein paar Worte zu unseren Veröffentlichungskriterien:
Erstens:
Die Zeitung besteht (derzeit meist) aus 32 Seiten. Das heißt, daß fast immer welche von den zugesandten Beiträgen im Ordner landen müssen.
Zweitens:
Wir wollen auch gar nicht immer alles abdrucken was uns zugeschickt wird und haben diesen Anspruch auch nie formuliert. Wir denken eigentlich auch, daß das niemand ernsthaft von uns erwartet. Zum Beispiel veröffentlichen wir nicht den x-ten Aufruf für irgendeine Demo, wenn mehr oder weniger gleichlautende schon mehrfach im Heft zu lesen waren.
Ein anderes Beispiel sind Texte, die wir aus inhaltlichen Gründen ablehnen. Am Spektum der abgedruckten Texte läßt sich ja ablesen, daß unsere inhaltliche Spannbreite sehr weit gefaßt ist, jedoch behalten wir es unserer eigenen Entscheidung vor, Texte, die sexistische, rassistische oder andere Gewaltverhältnisse legitimieren, in den Ordner zu packen. Unsere eigene Subjektivität und unsere eigenen politischen Ansichten fließen dabei natürlich mit ein, und das finden wir auch richtig so.
Eine antirassistische Gruppe, die beispielsweise den Hungerstreik in Bischofferode deshalb begrüßt, weil es bei möglichen Toten, in Ostdeutschland einige Rassisten weniger gäbe, verläßt für uns den Rahmen des Heftes. Das gleiche gilt auch für Texte, in denen von "Otto-Normal-Vergaser" die Rede war. Denn das unterstellt ja wohl, daß jeder "Otto-Normal-Verbraucher" einem faschistischen Massenmörder gleichgesetzt wird.
(zu diesem Komplex empfehlen wir auch den Rommelspacher-Text auf Seite 14.)
Drittens:
Die manchmal wiederholten Wünsche nach Begründungen oder Kommentierungen von Texten aus dem Ordner lehnen wir schon seit langem ab. Der Grund ist, daß wir es ziemlich komisch finden, einen Beitrag zu kritisieren, den dann aber niemand lesen kann. Solche Kommentierungen sind uns früher - wie wir denken zu Recht - vorgeworfen worden. Deshalb lassen wir es jetzt.
Viertens und Letztens
hätten wir auch (wie schon oft wiederholt) kein bißchen was dagegen, wenn sich die BenutzerInnen dieser Zeitung auch mehr Gedanken machen, wie diese aussehen soll. - Manchmal nervts uns schon mal, wenn uns einfach ein Kilo Papier zugeschickt wird, und wir dürfen dann was daraus basteln; natürlich keine Bleiwüste, aber auch ja keinen Schnipsel wegschmeißen; denn <u>alles</u> muß ja in den Ordner. ...oder ab und zu Beiträge layoutet sind wie Plakatwände, so daß man das bedruckte Papier am liebsten nochmal für Notizzettel verwenden möchte.
Daß natürlich auch uns immer wieder Fehler unterlaufen ist keine Frage. (An dieser Stelle wollen wir uns auch nochmal zerknirscht bei den Leuten "gegen die Neue Wache" entschuldigen; ähem.. war eigentlich gar nicht so gemeint.) Ansonsten wundern wir uns aber manchmal, daß in diesem ganzen Chaos überhaupt so viel gut läuft, toi toi toi

<u>Inhalt:</u>

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Ordner:
Antifa-Prozeß Kaiserslautern
Staat, Gesellschaft und revolutionäre Neubestimmung
Brief von M. von HbW
Infos zu M 99
Mexiko-Infos

Berlin - Metropole des Widerstands
oder der
BonnerBonzenBullenBeamten?

"Laß die Schweine doch hierher kommen, dann werden wir es ihnen schon zeigen". So oder ähnlich kommentierten viele die Entscheidung, daß Berlin nicht nur Hauptstadt sondern auch Regierungssitz werden soll. Seitdem hat sich wenig getan, um diese Drohung wahr zu machen. Stattdessen sind wir in eine passive ZuschauerInnenrolle gedrängt worden, sicherlich auch, weil die alltäglichen Zwänge größer geworden sind. Mit dem Abbau sozialer Leistungen endet die Möglichkeit auf niedrigstem Standard ohne Lohnarbeit zu leben.

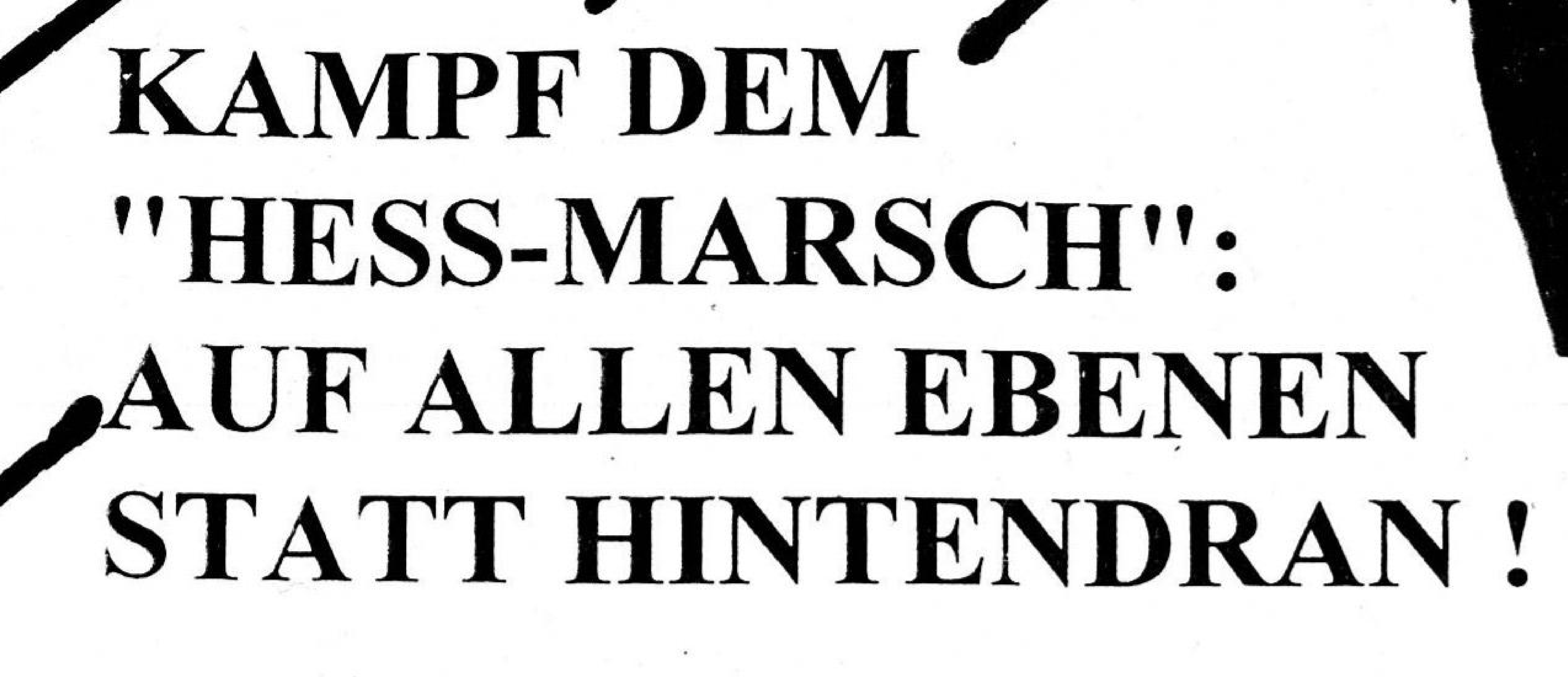
Trotz der von vielen als Erfolg gewerteten Anti-Olympia-Kampagne, konnten wenige Wochen nach der Entscheidung die Wagenburgen ohne größeren Widerstand abgeräumt werden. Obwohl derzeit viele Gruppen und Initiativen kontinuierlich gegen die



Umstrukturierung ihrer Stadtteile arbeiten, gelingt es uns nicht, daß die Gemeinsamkeiten nach außen sichtbar und die Mobilisierungen breiter aufgegriffen werden. Zudem stößt die Organisierung des Widerstands im Stadtteil dort an Grenzen, wo die Entwicklung durch nationale Politik und internationales Kapital bestimmt wird.
Auf der anderen Seite stimmt die Formel "Alle Umstrukturierung geht vom Yuppie aus" nicht. So bestimmen im Prenzlberg eher der Zuzug der Westberliner Szene und die daraus entstandenen Kneipen und Kultureinrichtungen die Veränderungen im Stadtteil.
Mit der Veranstaltung wollen wir einen ersten Schritt tun, um die derzeitige Situation zu überwinden. Es werden mehrere Gruppen und Initiativen über ihre Arbeit und Pläne berichten. Darüber hinaus werden wir einige Thesen zu den Schwächen und Stärken des bisherigen Widerstandes gegen die Umstrukturierung zur Diskussion stellen.
Die Veränderungen in Berlin, gerade im Bezirk Mitte, sind unübersehbar. Derzeit wird architektonisch vollzogen, was sich später als Internationale Metropole, Ost-West-Handelszentrum, Europäisches Dienstleistungsmetropole, Hauptstadt und Regierungssitz füllen soll. Politisch wie wirtschaftlich wird der Umbau Berlins immer mehr zum Symbol des deutschen Nationalismus.
Auf der Veranstaltung werden wir eine Einschätzung über den Stand der Umzugsdebatte geben und der Frage nachgehen, wie realistisch der Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistung in Berlin tatsächlich ist. Wir werden weiterhin die Veränderungen im Bereich "Innerer Sicherheit" und die Bedeutung "weicher Standortfaktoren" für den Umstrukturierungsprozeß benennen.

Veranstaltung am Samstag, 9. Juli 1994, 20.00 Uhr
Ex - Gneisenaustraße 2a - 10961 Berlin

Veranstaltet von: Anti-Olympia-Komitee (AOK), AG Stadtinformationen, Der Umzug platzt (DUp), Prenzl- und SchönebergerInnen, Uni-Stadt-Initiative (USI)



KAMPF DEM "HESS-MARSCH": AUF ALLEN EBENEN STATT HINTENDRAN !

AKTION '94

Zu den bundesweiten Gegenaktionen:
Auf dem Vorbereitungstreffen in Hanau am 18.6. ist die endgültige Entscheidung getroffen worden, dieses Jahr ein dezentrales Konzept durchzuführen. Das zentrale Konzept, im Konvoi den Nazis hinterherzufahren, wurde wegen ungenügender Beteiligung interessierter Gruppen aufgegeben.

Das dezentrale Konzept:
-Die dezentralen Aktionen werden in den Rahmen der "Aktion 94" gestellt, wofür die einzelnen Gruppen das oben abgebildete Logo verwenden, um die Zuordnung zur Gemeinsamkeit EINES Konzepts zu dokumentieren. Hierfür wird eine zentrale Pressestelle eingerichtet, an der VertreterInnen der verschiedenen Gruppen mitarbeiten.
Geplant sind die vielfältigsten dezentralen Aktionen, am "Tag X" des Aufmarsches vor allem Blockaden, Demos und Kundgebungen vor Wohnungen, Zentren und Treffpunkten der Nazi- Szene. Hierbei soll es teilweise um die direkte Behinderung der Kader gehen, die am "Hess-Marsch" beteiligt sind. Zum anderen Teil überwiegen die Zielvorstellungen, politisch den Nazis ihre Erfolge an diesem Tag zunichte zu machen, insbesondere die Medienpräsenz und ungestörte Beachtung ihrer Anliegen.
-Keine alleinige Ausrichtung auf den "Tag X", sondern schon in den Wochen zuvor Veranstaltungsreihen.
-Keine alleinige inhaltliche Ausrichtung auf den Anti-Nazi-Kampf, sondern auch Bekämpfung der gesellschaftlichen Grundlagen, Bündnisveranstaltungen mit verschiedenen linken Gruppen. Z.B. bezog sich der Antifa-Block Rhein-Main zur Kurdistandemo Frankfurt(25.6) ausdrücklich auf die "Aktion 94".

Organisatorisches:
Bisher sind 20 Städte/Regionen miteinbezogen, in denen Aktionen geplant sind. Das nächste Treffen findet bereits So,10.7. statt. Es ist wichtig, daß alle weiteren interessierten Gruppen an den noch anstehenden Treffen teilnehmen. Die Pressestelle wird in Bonn eingerichtet. Im Rahmen der "Aktion 94" wird ein zentral formulierter Brief in den Regionen flächendeckend an Busunternehmen versandt. Darin wird diesen vom Transport der Nazis abgeraten und angemahnt, an den entsprechenden Tagen besonders vorsichtig Aufträge anzunehmen. Auch wird auf rechtliche Möglichkeiten hingewiesen, wie im Falle von Hess-MarschiererInnen der Transport verweigert werden kann.

Einschätzung:
Anders als in den letzten Jahren haben diesmal Gruppen eine semi-zentrale Gegenaktion angesteuert. Also nicht den Aufruf, überall irgendwie was zu machen, sondern die regionenweite Durchführung von zentralen und öffentlichen Konzepten. Ziel der "Aktion 94" ist es unter anderem, am Tag ein Übergewicht zugunsten antifaschistischer Inhalte zu erreichen. Es ist natürlich auch sinnvoll, wenn Kleingruppen sich mit ihren Aktionen am bundesweiten Rahmen orientieren.
Ein Funktionieren des semi-zentralen Konzepts hängt davon ab, ob ein vorher abgestecktes Vorgehen der einzelnen Gruppen vor Ort gewährleistet ist, also ein relativ hoher organisatorischer Stand der AktivistInnen, damit erkennbar gemacht werden kann, daß es sich um EIN Konzept handelt.

Zu Berlin:
Bisher gibt es aus Berlin noch keine Zusage zur Beteiligung an der "Aktion 94". Mehrere Gruppen aus unterschiedlichen Spektren haben aber Interesse geäußert. Als politisches Angriffsziel würde sich Arnulf Priem anbieten, der sich dieses Jahr am "Wunsiedel-Komitee" beteiligt bzw. die verschiedenen Kader der FAP, da diese Gruppe den letztjährigen Aufmarsch dominierte. Die Ausarbeitung eines konkreten Konzeptes wollen wir mit allen interessierten Gruppen versuchen.

Nähere **Informationen** zum dezentralen Konzept über:

Autonome Antifa A+P
c/o Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin

Aufruf für eine lesbisch/schwule Aktionsgruppe

Als sie die ersten Kommunisten holten, habe ich geschwiegen;
denn ich war kein Kommunist.
Als sie die ersten Juden holten, habe ich geschwiegen;
denn ich war kein Jude.
Als sie die ersten Katholiken holten, habe ich geschwiegen;
denn ich war kein Katholik.
Als sie mich holten, war niemand mehr da,
der seine Stimme hätte erheben können.
(Martin Niemöller)

" Denn kein größeres Verbrechen gibt es, als nicht kämpfen wollen, wo man kämpfen muß "
Friedrich Wolf: Professor Mamlock; 1933

Es ist wieder soweit: Menschen werden durch die Straßen gejagt, mißhandelt, ermordet, in ihren Häusern abgefackelt.
Daß Bullen entweder gar nicht oder zu spät eingreifen, dann die TäterInnen allerdings auch wieder laufen lassen, daß PolitikerInnen der staatstragenden Parteien die Pogrome herunterspielen oder sogar Verständnis dafür äußern, ist nicht zufällig. Stattdessen bieten sich "Fremde" und "Andersartige" als Sündenböcke in Zeiten von Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung im Osten geradezu an. Gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit, mit Rufen nach härteren Gesetzen immer weiter auf den autoritären Staat hinzuarbeiten.
Wenn Deutschland immer "deutscher" wird und der Rückgriff auf "nationale Identität" zwangsläufig einhergeht mit einem Roll-back für die Werte der Familie, bleibt auch für Lesben und Schwule kein Platz mehr:

⇒ die Bedrohung ist konkret für diejenigen, die vor Verfolgung wegen ihrer sexuellen Orientierung oder aus welchen Gründen auch immer hierhergeflüchtet sind und nun abgeschoben werden sollen (beispielsweise gilt Rumänien mit rigider antihomosexueller Gesetzgebung als "sicherer Drittstaat")

⇒ in Italien fordert der neu gewählte Europaabgeordnete Piero Buscaroli der an der Regierung beteiligten NeofaschistInnen, daß "... Homosexuelle in Internierungslager geschickt werden sollten ..." (*Junge Welt, 31.5.94*)

⇒ Republikaner forderten zur Schließung der "Lesben- und Schwulenberatung Kulmer Straße" in einem Schreiben an den Gesundheitssenator Luther (CDU) am 19.11.92 mit den Worten "... Wenn sie in ihrem Kämmerlein bleiben, tut ihnen niemand etwas ..." auf. Ein Jahr später setzte die CDU diesen Vorschlag wieder auf die Tagesordnung. Die Schließung der "Kulmer Straße" konnte nur aufgrund massiver internationaler Proteste verhindert werden.

Darum ist es wichtig, daß sich möglichst viele Lesben und Schwule organisieren !

Einige Schwule haben sich zusammengefunden, um eine Gruppe zu bilden, die sich mit Aktionen gegen zunehmende rassistische, faschistische, sexistische, antilesbische und antischwule Entwicklungen richtet.

Vorstellbar sind:

★ Aktionen gegen Wahlstände faschistischer Parteien im "Superwahljahr 94"

★ Mobilisierung möglichst vieler Lesben und Schwulen bei antifaschistischen Demonstrationen und zur Organisation des Selbstschutzes

★ Solidarisierungsaktionen für von staatlichem Rassismus Betroffene, z.B. MigrantInnen und Flüchtlinge

★ Unterstützung von Strichern, die z.B. am Bahnhof Zoo Bullenterror ausgesetzt sind

Auch Deine Ideen sind gefragt.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 20.00 Uhr
in der Lychener Str.60 (Keller), Prenzlauer Berg.

Für einen breiten lesbisch/schwulen Widerstand

übrigens: Freitag, den 8.Juli 94, gibt's im *Subversiv* (Brunnenstr. 7, Mitte) eine Soli-Fete für die inhaftierten Antifas.

Geld
An alle

Wir haben die Schnauze gestrichen voll!

Seit Monaten zahlt die Baufirma Pape fast allen Beschäftigten keinen Lohn mehr aus. Viele Arbeiter haben Ausstände von mehreren Tausend DM, bei mindestens einem sind es schon über 8.000 DM. Deshalb haben sich einige Leute zusammengesetzt und Freitag Nacht mit zwei Maschinen die Einfahrt zur Baustelle Havemannstraße blockiert.
Auch heute geht es uns darum, die Baustelle lahmzulegen, um unsere Löhne zu erhalten. Aber diesmal haben wir mehr Leute mitgebracht.

Die Firma Pape:
Pape gehört in der Baubranche zu den sich rasch vermehrenden Kreaturen der Abzocker. Ursprünglich war es ein reines LKW Unternehmen (Schutt- und Erdtransporte). Letztes Jahr expandierte der Betrieb und versuchte in der Baubranche (Erdbau) Fuß zu fassen. Es wurden Maschinisten und Bauhelfer eingestellt. Dann fing Pape an andere Baubuden aufzukaufen, die Firma *Stiba* und das schon im Konkursverfahren befindliche Unternehmen *Bähr*. So erhielt Pape die Maschinerie und die angefangenen Aufträge, jedoch auch jede Menge Schulden. Schon vor den Firmenkäufen zahlte der Besitzer Andreas Pape vielen Beschäftigten nicht die vollen Löhne aus, sondern nur noch Abschlagsraten. Seit den Firmenkäufen hat fast niemand mehr den vollen Lohn erhalten.
Immer mehr Leute erhielten keinen Pfennig, zum einen die Entlassenen aus den aufgekauften Betrieben, zum anderen ein immer größerer Teil des alten Pape-Unternehmens selbst.
Viele schmissen den Job und fingen an, gerichtlich gegen Pape vorzugehen. Um die Aufträge abzuarbeiten schaltete Pape große Anzeigen in der „BZ" und „Berliner Zeitung" und stellte haufenweise neue Leute ein, die ebenfalls überhaupt keinen Lohn oder nur einen Bruchteil in Abschlagszahlungen erhielten. Von dieser Rotation sind inzwischen 60 bis 70 Kollegen betroffen.
Neue Aufträge wurden von Pape zu Dumpingpreisen eingeholt, auf den Baustellen gab es keine Bauwagen oder Toiletten, von „Arbeitssicherheit" konnte keine Rede sein, es wurden nicht einmal Arbeitshandschuhe gestellt. Als es für die Maschinen keinen Sprit mehr gab, weil Pape die Rechnungen nicht bezahlt hatte, sich fast alle im Bummelstreik befanden, auf den Baustellen die ersten Flugblätter verteilt wurden, die Gläubiger ihm auf die Pelle rückten, sich Steuerfahndung und Umweltamt einschalteten etc und der Streß für Pape so immer größer wurde, verschwand er erstmal von der Bildfläche. Seitdem war er nur noch telefonisch zu erreichen und gab die Order, die Maschinerie von den Baustellen abzuziehen. Ende letzter Woche wurden dann die Unterlagen aus dem Büro in Großbeeren herausgeholt. Niemandem ist bisher regulär gekündigt worden. Das heißt für uns: Arbeits- und Sozialämter zahlen auch nicht. Einige sind nicht einmal krankenversichert worden.

So nicht, nicht mit uns !

IG BSE - InitiativGruppe BauSchweine Erledigen!

Schluß mit der Geld-Schneiderei! – Wir wollen unseren Lohn!

Solidarisiert Euch!



ViSdP: A. Briß, Mühsamstr. 17/18, Berlin

Pape ist kein Einzelfall. Jede Menge Baufirmen haben sich verrechnet. Sie erwarteten das schnelle Geld in Berlin: Die neue Hauptstadt, die erhofften Olympiabauten, die Großprojekte vom Regierungsviertel bis zum Potsdamer und die Ostmodernisierung versprachen enorme Aufträge und Profite.
Gleichzeitig heißt es, die Baukosten seien zu hoch. Also versuchen die Unternehmen, an jeder Stelle die Kosten zu senken. Natürlich insbesondere bei den Lohnkosten.
Die großen Baukonzerne machen riesige Gewinne als Generalunternehmer. Sie haben Leute entlassen und wickeln jetzt viele Arbeiten über Subunternehmen und Sub-Subs ab. Kleinfirmen werden als Subunternehmen eingesetzt und erhalten Teilaufträge, die oft mit ungelernter und Drecksarbeit verbunden sind. Der Beschiß für die Beschäftigten liegt in dieser neuen Struktur.
Die meisten Subunternehmen zahlen weniger, schmeißen schneller raus, gehen öfter pleite. Und wir sehen dann am Ende keinen Lohn.
Der Lohnbeschiß hat viele Formen. Den einen werden Tariflöhne versprochen, aber nicht oder nicht vollständig ausbezahlt. Andere werden von vornherein mit Niedriglöhnen abgespeist, die Sklavenhändler zahlen zum Beispiel für Bauhelfer 10,50 DM pro Stunde.
Viele MigrantInnen (legale und illegale) kriegen noch weit weniger. Sie leben häufig in Baucontainern oder Abbruchhäusern. Sie haben auf den Baustellen die höchsten Unfallraten, weil sie zu längeren Arbeitszeiten gezwungen werden und auch am Unfallschutz gespart wird. Sie kommen aus beschissenen Bedingungen, viele werden illegalisiert, dementsprechend abhängig sind sie vom Job, zu entsprechenden Löhnen müssen sie arbeiten, sie können jederzeit durch Abschiebung „entlassen" werden und verlieren dadurch auch noch den ausstehenden Lohn. Es herrscht immer mehr ein Klima von Wild-West.
Die Unterscheidung in Gelernte und Ungelernte, in Stammbelegschaften von Großunternehmen, die Tariflohn erhalten und Leute, die für Sub-Subs unter Tarif malochen sowie der Rassismus gegen MigrantInnen kommen den Unternehmen gerade recht. Denn die Unterscheidungen sollen verhindern, daß alle gemeinsam ihre Forderungen durchsetzen.

Auch sonst ist die Arbeitsrealität seit der „Wende/deutschen Einheit" noch mieser geworden: immer öfter untertarifliche Bezahlung, im Osten vorerst sowieso keine Lohnangleichung, völlige Willkür im Schwarzarbeitsbereich, Einführung von Nachtarbeit und Zweischichtsystem im Straßenbau. Reallohnverluste auch im Tarifbereich, im Westteil Auslaufen der Berlinzulage, insgesamt mehr Stress, Unfälle und Tote. Im letzten Jahr starben allein in Berlin 18 Kollegen auf Baustellen.
Angedroht ist die Streichung des Schlechtwettergeldes für 1996, Wegfall eines Feiertages für die Pflegeversicherung und ein neuer „Solidarbeitrag" von 7,5 Prozent.
Wir haben die Schnauze voll, es reicht! Und wir sind nicht die einzigen:
Neben den Betriebsbesetzungen der letzten Jahre bei Baubetrieben im Osten, den vielfältigen Aktionen gegen die Abschaffung des Schlechtwettergeldes (Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Zoff auf den Ämtern) gab es in den letzten Wochen auch Kranbesetzungen von italienischen und britisch-irischen Kolonnen in Berlin. Auch sie kämpften darum, die ausstehenden Löhne zu erhalten. Und sie kämpften mit Erfolg: Schon nach wenigen Stunden gab es Bares von einem der Bosse.

Nur so läßt sich was ändern.
Was wir brauchen müssen wir uns holen !
Schluß mit der Verarschung!
Gleiche Löhne und Bedingungen für alle!
Keine/r arbeitet unter 20 DM pro Stunde!
Schluß mit der Vorfinanzierung der Projekte durch die ArbeiterInnen:
Wöchentliche Vorauszahlungen (keine Schecks!)



Englische Bauarbeiter in der Germaniastraße besetzten einen Kran um die Lohnzahlungen zu erzwingen



Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Neue Wege, Neue Kampfformen

Voraussichtlich findet am 1.-3. Oktober in Berlin ein sog. "autonomer Kongreß" unter dem oben genannten Motto statt. Für uns (ein paar Menschen von hier) war klar, daß solch ein überregionaler Dialog von Menschen und Zusammenhängen, die sich im weitesten Sinne auf Geschichte und Politik der Autonomen beziehen, wichtig bzw. notwendig ist.
Vorraussetzung für ein solches Treffen wäre für uns, daß es regional vorbereitet wird. Wir stellen uns das so vor: Linksradikale/Autonome oder wie sie sich auch immer nennen mögen von hier setzen sich zusammen und diskutieren Themen und Standpunkte, die sie für hier und heute als wichtig erachten. Wir erhoffen uns davon, daß Konflikte und Brüche klarwerden und Ansätze für ein gemeinsames Leben und Kämpfen rauskommen.
Uns geht es nicht darum, über Sinn und Unsinn eines Kongreßes zu diskutieren. Für uns ist es wichtig, endlich mal zu sehen, wo andere Autonome stehen, was sie denken und woran sie inhaltlich arbeiten. Denn erst wenn wir nicht mehr wissen, was andere denken und leben, leben wir nur noch von unseren Mythen und den Mythen über uns. Das ist gerade für Jüngere ein wichtiger Punkt.
Wir halten eine Fixierung auf den Begriff "Autonome" für unergiebig. Uns interessiert vielmehr, wie wir eigenständige (autonome) Politik machen können, die gesellschaftliche Bedeutung hat. Die Beantwortung der Frage, was "Autonom-sein" ausmacht (oder wer sich als Autonome/r definiert), fällt sicher sehr unterschiedlich aus. Deshalb glauben wir, daß der geplante Kongreß auch sehr unterschiedliche Leute interessieren wird, die den Begriff "Autonome" sehr unterschiedlich füllen. Vielleicht wird auf dem Kongreß auch sichtbar, in welchen Spektren sich Autonome bewegen und welche Politikverständnisse sich unter "autonom" ein- bzw. unterordnen.

Aussichten

In unserer Diskussion wurde aus den "Autonomen" eine "unparteiliche, in ihren Wurzeln antiautoritäre, antistaatliche, militante, subkulturelle Strömung radikaler Systemkritik innerhalb der sog. Linken"(hehe!) Und da wäre ja noch die Frage, ob es sowas überhaupt gibt oder je gab, und ob die sog. "Autonomen" so sind, oder ob es welche gibt, die so sind aber sich nicht "Autonome" nennen würden.
Wir fänden es prima, wenn sich in einer gemeinsamen Diskussion Positionen zum Begriff "Autonome", zur Geschichte derselben und der Zukunft einer solchen Bewegung herauskristallisieren würden.
"Wir wollen explizit einen Kongreß machen, in dem wir über uns in Bezug auf die uns umgebende Gesellschaft reden und diskutieren. Nicht die x-te Auflage einer Aufzählung aller Gemeinheiten der Welt, der wir unser "anti" entgegenschleudern."(Zitat aus dem Aufruf zum Kongreß)
Es geht den InitiatorInnen ganz klar um inhaltliche bzw. organisatorische Neubestimmung. Wir schließen uns dem an, eben weil wir die Lage der sog. "Autonomen" nicht für so katastrophal halten, wie so oft behauptet wird.
Wir sehen die Chance eines Kongresses darin, daß wir die Suche nach neuen Wegen und Kampfformen zumindest ansatzweise gemeinsam antreten können. In dieser Gesellschaft gibt es kaum noch emanzipatorische (frei/selbstständig machende) Kräfte, die ernsthaft eine Neuorientierung betreiben. Wir finden, daß die, die das wollen, es zusammen versuchen sollten.
In den Beiträgen zur Kongreßvorbereitung sind zwei Ansätze hervorgetreten, unter deren Vorzeichen das Treffen stehen sollte:

1. Der "subjektive Politkansatz". Ausgehend von dem Begriff der "Politik der 1. Person" geht es den VertreterInnen dieser Position vor allem um die Veränderung von uns selbst in unserem "Kampf", unseren Strukturen, um unsere Umgangsformen untereinander und unser Verhältnis zu anderen Gruppen und Bewegungen. Eigenverantwortung und Selbstbestimmung werden als Ziel und Mittel der Durchsetzung betont.

2. Der zweite Ansatz beruht auf der Annahme, daß es zuerst einer neuen Analyse der veränderten und sich verändernden Verhältnisse (hier und weltweit, gesellschaftlich und politisch) bedarf, weil wir die Gesellschaft mit unseren Gegnern und Bezugspunkten erst genauer kennen müssen, um sie verändern zu können.

Wir halten beide Ansätze für unabdingbar, zumal es uns schwerfällt (vielleicht weil wir es gar nicht wollen), hier eine Trennung zu vollziehen.

Wie schon gesagt, sehen wir eine regionale/städtische Diskussion als Notwendigkeit für einen bundesweiten Kongreß. Dies ist kein Nebeneffekt, sondern die Voraussetzung!
Um dies nicht nur als Anspruch zu formulieren und darauf zu warten, daß hier in Kassel etwas passiert, wollen wir hiermit versuchen, den ersten Schritt einer solchen Diskussion zu machen.
Selbst wenn wir wollten, könnten wir euch nicht unser autonomes Konzept für die Zukunft präsentieren und zur Diskussion stellen. Wir können bis jetzt auch nur Fragen aufwerfen und sie von unserem politischen Standpunkt aus beantworten.

Eine der Fragen ist, was für uns Politik in der 1. Person bedeutet! Drückt dies noch unser Politikverständnis aus? Wenn ja, wäre die Frage, ob "die Vorstellung von 'praktischem Widerstand' als Möglichkeit für jeden Menschen sich selbstbestimmt in den Kampf einzubringen" (Geronimo) heute noch lebbar ist?
In einem Vorbereitungspapier zum Kongreß wird von einem "autonomen Einzelmann" die Frage noch einmal anders gestellt:"Ist das (Politik in der 1.Person) nicht der linksradikale Reflex der gesamtgesell-

schaftlichen Vereinzelungs- bzw. Vereinsamungsprozesse. D.h. dem bei den "anderen" so kritisierten konsumfreudigen Egoismus entspricht unser politikfreudiges Bock-Prinzip?"
Wir können diese Fragen nicht klar beantworten. Wir denken jedoch, daß unsere persönliche und gesellschaftliche Perspektive/Chance in der Verknüpfung von persönlichen, selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Widerstandsformen und der kollektiven Gestaltung unseres Lebensalltages und dem Aufbau einer solidarischen Sozialstruktur ist.
Wie sieht es in unserem Alltag aus? Wir kamen in unseren Diskussionen zu dem Schluß, daß viele Beispiele dafür sprechen, daß es innerhalb der "Autonomen" keine alltäglichen gelebten Beziehungen gibt.
Das hieße: die Autonomen sind eine Feierabendbewegung. Woraus sich wiederum erklären ließe, warum in dieser sog. antiautoritären Bewegung Leistungs- und Hierarchiedenken aus unserem Alltag weiter bestehen; warum es in der Szene kaum über 25-jährige gibt, eben weil für die das stressige und unverbindliche Szene-Leben kaum noch attraktiv sein kann. Das Vorherrschen von sexistischen (Macker-) Strukturen auch innerhalb einer Szene, in der jedes Flugblatt ganz bewußt die Unterschrift: "...gegen Sexismus..." enthält, wäre hier ansatzweise zu erklären. Mit ein bißchen Freizeitengagement und ohne kontinuierliche Rückmeldung aus dem Umfeld lassen sich eingefleischte sexistische Strukturen eben kaum knacken. Und überhaupt: Allein machen sie dich ein. Wir wollen auch hier mal zu diesem Thema arbeiten. Für uns stellt sich nämlich die Frage (für hier und woanders) wie eine Bewegung von vereinzelten, dem Mythos der persönlichen Unabhängigkeit aufgesessenen Individuen einem System gefährlich werden will, daß eben auf diese Werte aufgebaut ist.

Eine weitere Frage, mit für uns zentraler Bedeutung ist, welche Rolle wir gesellschaftlich spielen, welche Bedeutung wir haben.
Sind wir als politisch-gesellschaftliche



Kraft sichtbar oder anders gefragt - sind wir überhaupt eine?
Unsere autonome Politik beschränkt sich größtenteils auf Antifa-Arbeit, was in der Form, wie sie verstanden wird, gleich zwei schwerwiegende Probleme mit sich bringt.
1.
Wir beschäftigen uns kaum mit den Verhältnissen und Entwicklungen, die das Erstarken von FaschistInnen erst ermöglichen. Konkurrenzkampf, Leistungsdenken und Autoritätsgläubigkeit sind Ausdrucksformen dieser patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die von uns ebenso wenig Beachtung finden, wie Alltagsrassismus und die bürgerlichen PolitikerInnen, mit denen viel zu viele fälschlicher Weise immer noch einen positiven Demokratiebegriff verbinden.
Gegen FaschistInnen wird recherchiert, sich getroffen, diskutiert und auf unterschiedlichste Art und Weise gekämpft. Mit PolitikerInnen und BürokratInnen dieses bürgerlichen Staates, die verantwortlich sind für AusländerInnengesetze, Paragraph 218, Abschiebungen, Isolationsfolter und (bald auch militärische) aggressive Außenpolitik, setzen wir uns fast gar nicht auseinander.
Noch einmal anders formuliert: wir lassen die "demokratische Mitte" links liegen, beschäftigen uns mit Faschos und freuen uns insgeheim, wenn diese "DemokratInnen" eine faschistische Organisation/Gruppierung aufs Korn nehmen und evtl. verbieten.
Wer sich nur um NeofaschistInnen kümmert, verharmlost diesen bürgerlichen Staat und verkennt die Tatsache, daß sich ursprünglich faschistische und bürgerliche Positionen in den letzten Jahren immer stärker angenähert und überschnitten haben.
Natürlich dürfen wir den FaschistInnen nicht tatenlos zusehen und ihnen die Straße überlassen. Unsere Politik nur auf sie auszurichten halten wir jedoch für einen fatalen Fehler.
2.
Die praktizierte Antifa-Arbeit gegen militante Faschos, ist nach außen nicht sichtbar. Auch wenn unsere undurchschaubaren Strukturen und Strategien in nicht unwesentlichen Punkten (Staatssschutz, Faschisten) sehr nützlich sein können, halten wir es für falsch uns ausschließlich auf diese Formen einzulassen. So wichtig es ist, daß FaschistInnen unsere Politik am eigenen Leib spüren, genauso wichtig ist es, daß unser (antifaschistischer) Widerstand sichtbar ist.
Widerstand muß öffentlich sein, nur dann können unsere Inhalte auch öffentlichen Raum einnehmen (auch Bestandteil einer gesellschaftlichen Diskussion werden). Gerade dieser Aspekt ist Bestandteil eines offensiven Antifaschismus.
Auch bei berechtigter Kritik an JRE ist es eine Tatsache, daß sie im öffentlichen Raum präsenter ist als die sich eher versteckende, klandestine, mythen-und sagenumwobene autonome Antifa.
Ziel muß es sein, inhaltlich Einfluß zu nehmen und unsere Aktionsformen flexibel und unberechenbar zu gestalten. Wenn unsere Politik von Macker-Mythen, die in den Medien und in einigen Köpfen in Form von schwarz vermummten Antifa-Streetfightern transportiert werden, bestimmt wird und gleichzeitig unsere (autonome) Szenekultur ausmacht, dann ist es um den autonomen offensiven Antifaschismus nicht gut bestellt - haben wir gegen Faschisten vielleicht mehr in der Hand als im Kopf!

Kritik und Reaktionen auf unser Papier sind äußerst erwünscht und werden uns die Möglichkeit geben unsere Ansichten kritisch zu überdenken. (Reaktionen bitte an die "BRÜCHE" schicken!)

Trotz der Unklarheiten und der Kritik finden wir viele Sachen in Kassel auch ganz schön Klasse.
Also weiter mit Power, Spaß und Angst gegen den bürgerlichen Normalzustand.

-Keine Abschiebungen
-Weiterhin keine Ruhe für Kassels FaschistInnen
-Keine Schließung von Jugendzentren
-Schließt Lewandowski
Kassel muß unregierbar werden

Zum Thema

AUTONOMIEKONGRESS DER UNDOGMATISCHEN LINKEN BEWEGUNGEN

Was steckt hinter dem Mythos der "Autonomen"?
Was davon sollte als überkommen abgelegt werden?
Inwieweit können überhaupt selbstkritische Schlüsse gezogen werden?
Wie können die Widersprüche innerhalb der "autonomen Bewegung" ausgehalten bzw. umgesetzt werden?
Gibt es also eine gemeinsame Zukunft?
...

Mit solchen und weitergehenden Fragen wird sich ein geplanter Kongreß zu befassen haben, der nach einer Perspektive autonomer Politikform(en) für die Zukunft fragt.
Es wird darum gehen müssen, die bisherigen Formen angesichts neuer objektiver Bedingungen ehrlich und selbstkritisch zu hinterfragen. Daraus könnten neue praktische Formen von Widerstandskultur erwachsen.
Die Idee für einen solchen bundesweiten Kongreß stammt aus dem Umfeld des Vor- bzw. Nachbereitungskreises für den 1. Mai in W- Berlin.
Angesprochen fühlen sollten sich Menschen aus undogmatischen linken Zusammenhängen, die in Gruppen oder als Einzelpersonen versuchen, sich und anderen innerhalb der uns umgebenden Scheißgesellschaft aktiv Freiräume zu schaffen, auszubauen und mit Leben zu füllen.
Auf dem Weg zu diesem Kongreß fand am 28./29. Mai statt ein

VORBEREITUNGSTREFFEN IN HALLE

Es waren ungefähr 40 Menschen da, die zumeist aus Gruppen kamen, welche zu recht unterschiedlichen Themenkreisen arbeiten. Vorgesehen war, für den Kongreß neben einem Termin und Veranstaltungsort eine Struktur zu finden, die es ermöglicht, an einem langen Wochenende (angedacht war der 1. bis 3. Oktober) den komplexen Themenbereich zu bearbeiten
Was tatsächlich passierte, spiegelt den Widerspruch zwischen dem Anspruch an eine sich einheitlich gebende und fühlende autonome Bewegung und den real existierenden unterschiedlichen Ansätzen und Bedingungen wider.
So ergaben sich für mich vier Hauptschwerpunkte, die sich natürlich gegenseitig überlagern:

★ Der Ost - West - Konflikt

Menschen auf dem Gebiet der Ex- DDR haben z.T. eine ziemlich andere Motivation und konkret andere Bedingungen für ihre Arbeit, als Autonome aus dem Westen. Einer aus bestimmten Bedingungen erwachsenen Bewegung mit Rückgriffsmöglichkeiten auf Strukturen in einem gewissen Umfeld im Westen stehen gegenüber Menschen und Gruppen im Osten, die, vor einem recht anderen Hintergrund, zunächst Äußerungen und Mittel übernahmen, quasi mitübernommen wurden unter den Oberbegriff "Autonome". Daß diese unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen zu neuen Kontrasten innerhalb der Bewegung führen, ist nicht erst seit Halle bekannt, hier aber wieder sehr deutlich zutage getreten.

★ Der Konflikt Frauen/Lesben - Typen

Auffällig auf dem Vorbereitungstreffen war die Dominanz von Männern. Dies gibt, zumindest überwiegend, ein Bild von der Situation in den konkreten Gruppenzusammenhängen. Bewirkt wird dies durch Bedingungen, denen sich Frauen z.T. von vornherein nicht unterwerfen wollen / können (Kneipenatmosphäre), denen Frauen bewußt entgegentreten bzw. die sie wieder verlassen, wenn sie (vielleicht auch unbewußt) erkennen, daß allzuoft die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft um uns herum auch innerhalb der Gruppen greifen. Konkret waren unter den 40 Menschen nur 7 Frauen anwesend. Zudem waren keine Vertreterinnen aus Frauen/Lesben - Zusammenhängen, aber Vertreter aus 3 Männergruppen da, die auch schon recht klar ihre Vorstellungen für den Kongreß vorbrachten.
Für mich markant war die Schwierigkeit der Verbleibenden, umzugehen mit der Situation, als sich die anwesenden Frauen aus dem Plenum zu einer eigenen Besprechung zurückzogen.

★Der "Generationskonflikt"

Mehrjährige Erfahrungen durch Praxis in Gruppenzusammenhängen und im ständigen Kampf um die Erhaltung/ Ausweitung von Freiräumen schuf einen Hintergrund, der es jungen Menschen schwer macht, sich in solche gewachsenen Strukturen zu integrieren. Das beruht vielfach darauf, daß hinter gegebenen Diskussionsergebnissen der z.T. konträr verlaufene Diskussionsgang und Vorgeschichten bzw. Details nicht erkennbar sind. Praktisch heißt das, daß teilweise Formulierungen verwendet werden und ein Diskussionsstand aus dem eigenen Blickwinkel heraus als selbstverständlich betrachtet wird, was zwangsläufig zu Unverständnis und Rückfragen von jüngeren Menschen führt.
Das Problem ist als solches bekannt, jedoch schwierig zu bewältigen, da es für die meisten nahezu unmöglich erscheint, hinter erreichte Ergebnisse zugunsten einer gemeinsamen Basis zurückzugreifen. Damit ergibt sich auf diesem Gebiet zumindest zum Teil eine Analogie zum West - Ost - Konflikt.
Zum Schluß einige Bemerkungen zum

★ Problemkreis aktionsbetonte Gruppen - Theoriearbeit

Deutlich wurde in Halle wieder, daß (besonders auch aus dem Osten) Gruppen, die schwerpunktmäßig am Thema Antifa arbeiten oder ganz praktisch von Faschisten auf der Straße oder vor ihren Häusern bedroht werden, einfach teilweise keine Zeit haben, zu anderen Problemkreisen zu arbeiten oder überhaupt theoretische Auseinandersetzungen zu führen. Demgegenüber gibt es, z.B. als Redaktionskreis für Zeitungen, Gruppen, die offensiv die Theoriearbeit voranbringen. Dazwischen liegen natürlich sämtliche Varianten.

Ich hatte den Eindruck, daß durch die 40 Menschen mit ihrem Erfahrungsbereich auch 40 Ansichten vertreten waren, was den Begriff der autonomen Bewegung ja irgendwie mit ausmacht aber auch für solche Dinge wie einen Kongreß ein Hindernis darstellt.
Es muß also eine Struktur gefunden werden, in der keine Gruppe ihr Anliegen nicht wiederfindet, in die jedeR einzelne als Person sich einbringen kann. Um überhaupt das Zustandekommen zu

gewährleisten, muß viel Verständnis, Fähigkeit zuzuhören und Bereitschaft zum Miteinander aufgebracht werden.
Leider war es auf dem Vorbereitungstreffen so, daß die Struktur und inhaltliche Dinge über lange Zeit gemischt diskutiert wurden, was teilweise nervend war und viel Zeit kostete, weil oft auch hier kein schwarz/ roter Faden zu erkennen war. Demzufolge wurde der angedachte Termin Anfang Oktober letztendlich fallengelassen und weitere Vorbereitungstreffen vorgesehen. Die Vorstellungen für den Zeitpunkt bewegen sich zwischen Dezember und Ostern ´95.
Es wird bis dahin, falls das Anliegen des Kongresses auf Widerhall stößt, ganz sicher noch ein / mehrere separate(s) Ost- Treffen geben, um der Spezifik der Probleme gerecht zu werden und diese in geeigneter Form im Kongreß einbringen zu können, als auch um auf dem Gebiet der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Problemkreis autonomer Politikformen etwas in Gang zu bringen. Sicher wird es wenig bringen, unvorbereitet und mehr als ZuhörerIN in den Kongreß zu gehen. (Mehr dazu siehe anliegender Aufruf)

ZUR STRUKTUR DES KONGRESSES

stehen sich meiner Auffassung nach zwei prinzipielle Ansätze gegenüber, die zwar beide in Halle nicht ausdrücklich formuliert wurden, in der Diskussion aber als Tendenzen anklangen:

★ Sicht aus dem "Wir" auf das "Wir"

Das kritische Überdenken von Strukturen, Inhalten und Politikformen soll einen Schub innerhalb der autonomen Bewegung auslösen. Dabei kann am herkömmlichen Muster als praktikabelste Form autonomen Widerstandes festgehalten werden. Es wird als sicher angesehen, daß genügend Flexibilität im Gefüge autonomer Strukturen begründet liegt, um sich auf die neuen objektiven Rahmenbedingungen einstellen zu können. Die

★ Sicht "von außen"

stellt die Autonomen als politischen Faktor und deren Fähigkeit, die erkämpften Freiräume auszufüllen provokativ in Frage. Durch die kritische Betrachtung von Struktur und Inhalten der autonomen Bewegung sollen eine umfassende und grundlegende Kritik ermöglicht und ggf. neue Ansätze aufgezeigt werden.

Für diese beiden Ansätze wurden drei Möglichkeiten zur Umsetzung vorgeschlagen und diskutiert. Ein

- "Bunter Markt der Möglichkeiten" soll Arbeitsgruppen ermöglichen, zu für sie wichtigen Themen zu arbeiten, die evtl. in ein gemeinsames Plenum als Ergebnisse einfließen.

Als zweiten Vorschlag gibt es das

- klassische Muster mit ReferentInnen, wobei möglicherweise die drei Tage drei Mottos unterstellt werden könnten.

Von der InitiatorInnengruppe aus Berlin kam ein

- "Vorschlag zu Halle"

der über eine lange Strecke als Diskussionsgrundlage in Halle diente, weil er die ausgereifteste Variante darstellte. Es wurde damit aber bereits über Inhalte gesprochen, ohne daß Sinn und Zweck bzw. Sinn oder Unsinn des Kongresses ausreichend geklärt waren. Der "Vorschlag" geht von drei Tagen unter drei Mottos aus, wobei die Sicht "von außen" zu kurz kommt, was eher ein Festhaltenwollen an traditionellen west-autonomen Sichtweisen signalisiert.

Soweit mein Versuch, die Dinge möglichst auf den "Kern" zu bringen. Zum Schluß noch einige persönliche Anmerkungen.
Falls die Vorbereitungstreffen in der Lage sein sollten, einen Rahmen zu schaffen, der ein Zusammenkommen aller ermöglicht, die sich zu dem diffusen "Wir" zählen, ist es für den Kongreß denke ich wünschenswert, wenn neben aller wichtigen Theoretisiererei viel Raum bleibt für

- den Austausch von Utopien, ganz persönlicher Motivationen
- das Gemeinsame, das Erleben von Solidarität und Atmosphäre
- Musik, Tanzen , Essen, Saufen, Schwatzen, Abhängen ...
- Gruppenvorstellungen, Infostände ...

In diesem Sinne hoffe ich, daß der Kongreß - wie sich ein Mensch auf dem Vorbereitungstreffen ausdrückte - zu einem "Durchlauferhitzer" wird, der im Vorfeld und danach viele gute Überlegungen liefert, neuen Schwung gibt und vielleicht wirklich das Verbindende über dem "Wir" herausstellt, ohne an dem überkommenen Mythos des/der "Autonomen" festhalten zu müssen.

Walter

Aus vielen Dingen, die bereits über das Halle- Vorbereitungstreffen oben angesprochen wurden, leitet sich für die TeilnehmerInnen aus der Ex- DDR die Notwendigkeit ab, ein spezielles

OST - VORBEREITUNGSTREFFEN

durchzuführen. Die Verhältnisse, die Geschichte der einzelnen Menschen im Reichsbahngebiet und deren Motivationen in der einen oder anderen Art im autonomen Bereich tätig zu sein, sind doch z.T. recht unterschiedlich zu denen im Westen. Es sollte nicht von vornherein ein Separatisierungsklima entstehen, nur weil sich immer deutlicher herausstellt, daß, auch nachdem viele Ostlinke sich dem Westbegriff "Autonome" untergliederten, doch ziemliche Unterschiede weiterbestehen.
Diese Unterschiede sollten herausgearbeitet und begründet werden, um sich selbst, aber auch die WestlerInnen einer begründeten Kritik unterziehen zu können, um gemeinsame Handlungswege zu finden, aber auch Akzeptanz zu erreichen, daß nicht alles und überall so wie im Westen gewohnt abläuft.
Das ganze sollte in einen Rahmen gebracht werden, der es ermöglicht, die Ergebnisse dieses Ost-Vorbereitungstreffens geeignet in den Kongreß (oder möglichst noch in die gemeinsamen Vorbereitungstreffen) einzubringen.
Wenn Ihr Euch als Gruppe oder Einzelmenschen im Osten vom Kongreßanliegen angesprochen fühlt und Euch einklinken wollt, kurbelt die Diskussion dazu in Euren Zusammenhängen an und meldet Euch bis zum

22. Juli´94 brieflich

im Infoladen Kellnerstraße 10 a in 06108 Halle, damit wir wissen, ob Interesse besteht, für den Osten zunächst mal ein extra Treffen zu machen. Schickt Eure konkreten Anliegen, Vorstellungen, Diskussionsvorschläge, Wünsche, weil es nicht ausreicht, "nur" mal zum Schnuppern zu kommen, die Erfahrungen der Ost- Vernetzungstreffen haben gezeigt, wo sowas endet.

Viel Kraft und Spaß wünscht Euch Walter

KEINE RÄUMUNG !
SCHÖNSTR. BLEIBT !

das stand auf dem transparent, als wir am 17.6.94 gegen 1 Uhr mehrere neuwagen des autohändlers mit abbeitze behandelten, bevor wir diverse scheiben entglasten.

Eschersheim

Schaufensterscheiben und Autos demoliert

Randalierer haben in der Nacht zum Freitag in Eschersheim einen Schaden von rund 60 000 Mark angerichtet.

Die unbekannten Täter warfen gegen 1 Uhr die Scheiben eines Autohauses Am Weißen Stein ein und demolierten die ausgestellten Fahrzeuge. Auch die Fenster der benachbarten Filialen der Frankfurter Sparkasse und der Volksbank gingen zu Bruch.

habe

natürlich haben die bullen versucht den politischen hintergrund dieser aktion zu vertuschen!

KEINE KRIMINALISIERUNG VON HAUSBESETZER/INNEN !!

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

An alle AntimilitaristInnen!

In den nächsten Wochen und Monaten werden sich die Militärs in Berlin, nicht nur facktisch wie bereits geschehen sondern auch in der Öffentlichkeit, kräftig breit machen. An dieser Stelle möchten wir Euch zwei Termine ans Herz legen, die insbesondere von den Militärs selbst eine hohe Wertschätzung erfahren.

Am 20. Juli jährt sich zum 50ten mal das Hitleratentat, welches von den konservativsten Kräften, insbesondere den Militärs, zum Widerstand an sich hochstilisiert wird. Daß dieser Militärputsch im Grunde nur den Hintergrund besaß das Dritte Reich in seiner Gesammtheit aufrechtzuerhalten, den status quo des deutschen Militärs zu sichern, wird verschwiegen. Vielmehr nutzen die Militärs und andere ewig Gestrige den Jahrestag zur Werbung für ihre Zwecke. Zumal das Wachbattalion, vertreten mit 140 Soldaten, in der Vergangenheit immer öfter durch rechtsradikale Auswüchse ins öffentliche Gerede kam. Wir werden die Feierlichkeiten auf jeden Fall mit Aktionen begleiten und hoffen auf rege Beteiligung. Alles ist möglich!

Am 08 September findet höchstwarscheinlich die erste Bundeswehrtruppenparade in Berlin, mit "Großem Zapfenstreich", statt. Die Kombattanten der herrschenden Klasse, unseres so souveränen Staates, zeigen sich sowieso immer öfter in der Öffentlichkeit und sind stolz darauf deutsche Soldaten zu sein. Trotzdem und gerade deshalb werden wir sie bei ihrem marschieren und paradieren stören wo immer es geht.

Buroadresse.

Oranienstr. 25
10999 Berlin
Tel.:030/615 005-30
030/615 005-31
FAX:030/615 005-99
Konto: 199 567
BLZ : 500 90 100
Bank: Ökobank e.G.



♀♀ FrauenLesbenaufruf zur bundesweiten Demo am 3. Oktober 1994 ♀♀

Das Bundesland, das den momentanen Vorsitz im Bundesrat innehat, richtet seit 1990 die staatliche Jubelfeier zum 3.10. aus. Dieses Jahr wird in Bremen gejubelt:

- der neue Bundespräsident wandelt durch die Kunsthalle
- im Kongreßzentrum tagt ein Symposium „Deutsche Einheit"
- in der Innenstadt findet ein Volksfest statt

Diese Festtagssuppe werden wir ihnen versalzen !

Der Senat bastelt an einer Präsentation Bremens als „Ort der Kultur" für die „Weltöffentlichkeit". Hinter dieser liberalen Fassade wird eine Politik der massiven Kürzungen für soziale und kulturelle Einrichtungen betrieben. Durch die Feierei soll die neue deutschnationale Idendität etabliert, ritualisiert, zementiert und für's Ausland demonstriert werden.

Sie feiern:
- die Annexion der DDR
- die fortschreitende Zerstörung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Strukturen in der DDR
- vier Jahre verstärkten Sozialabbau
- Erwerbslosigkeit und Abrutschen der Menschen in den informellen Sektor
- ein für Flüchtlinge verriegeltes Deutschland
- ein Deutschland, in dem Menschen, die nicht ins deutschnationale Bild passen, täglich um ihr Leben fürchten müssen
- die gentechnologische Auslese des menschlichen Lebens
- einen verschärften §218
- die Zwangsheterosexualität
- ein Land, in dem sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Frauen alltäglich ist
- die forcierte Akzeptanz internationaler Bundeswehreinsätze

Diese Schlagwörter reichen nicht aus, um die gesellschaftliche Situation zu beschreiben, aber eine noch zu erstellende umfassende Analyse würde den Rahmen dieses Aufrufs sprengen.
Wir wollen diese Analyse gemeinsam mit anderen, um den Kampf gegen die Hoffnungs und Orientierungslosigkeit aufzunehmen und um zu wissen, in welche Richtung unser politischer Kampf als nächstes gehen wird: Ein Schritt ist für uns die angestrebte Vernetzung im Kontext der Demo, die als eine gemeinsame Aktion der bundesweit vernetzten LesbenFrauengruppen angesehen werden könnte.

Was von uns geplant wird ...

In den letzten Septemberwochen wird es in Bremen eine Reihe von Veranstaltungen geben, darunter auch FrauenLesbenveranstaltungen, zum Beispiel zu den Themen Nationalismus und Asylpolitik.
Am Montag, den 3.10., ist eine bundesweite gemischte Demo geplant, in der wir einen großen starken lauten LesbenFrauenblock bilden werden.
Am vorausgehenden Samstagabend planen wir ein rauschendes Fest, ein FrauenLesbenkabarett ist eingeladen und Veranstaltungen zu den Themen Nationalismus und Gen- und Reproduktionstechnologien sind in Überlegung.
Am Sonntag wird es ein gemeinsames Frühstück als Start in mindestens zwei kämpferische Tage geben.
Am Sonntagabend wird es einen gemeinsamen Stadtspaziergang geben, damit wir am Montagmorgen nach dem gemeinsamen Frühstück gutgelaunt auf die Straße gehen können.

Damit es nicht bei den zwei Tagen bleibt, wollen wir neben der letzten Demovorbereitung den Grundstein für eine bundesweite FrauenLesbenorganisierung legen.
Damit ein festes LesbenFrauennetz enstehen kann, ist es nötig, daß Ihr Euch vorbereitet und wichtige Informationen aus Eurer Stadt zusammentragt.
Diese sollen dann in einem Städteplenum ausgetauscht werden.
Anschließend geben wir noch letzte Informationen zur Demo (Stadtplan, Ermittlungsausschußnummer, Verhalten von Bullen und Senat) , um dann die Koordination und das Verhalten des FrauenLesbenblocks zu diskutieren.

Für Essen und Schlafplätze werden wir sorgen meldet Euch aber bitte bis spätestens August an, damit wir abschätzen können, wieviele kommen werden. Weitere Infos und das vollständige Programm verschicken wir im September.

☞ Kontaktadresse: Autonomes FrauenLesbenplenum c/o Hagazussa Frauenbuchladen Friesenstraße 12 28203 Bremen

★

Spendenkonto: J. Bohl, FrauenLesbenreferat Uni HB, Sparkasse Bremen
BLZ 290 50 101
Kto. Nr. 10569770

Omnipräsenz der Machtverhältnisse

Von Birgit Rommelspacher

Rassismus, Sexismus und Heterosexismus und andere Formen der Unterdrückung, wie etwa die Ausgrenzung von Behinderten, haben offensichtlich gemeinsam, daß all die so diskriminierten Gruppen immer wieder Opfer brutaler Gewalt werden. Die Täter sind in erster Linie junge deutsche Männer, die auch in aller Öffentlichkeit glauben, demonstrieren zu können, wer ihrer Meinung nach zu diesem Land gehört, und wer hier das Sagen hat. Das heißt nun nicht, daß Unterdrückung mit dieser Gewalt gleichzusetzen wäre. Auch Frauen sind rassistisch und schwulenfeindlich, oder auch Schwarze sind sexistisch. Diskriminierung schließt Dominanz anderen gegenüber nicht aus, und Gewalt ist nur eine Form der Unterdrückung. Das heißt, hinter dem Bild des gewalttätigen Mannes verschwindet quasi das ganze Geflecht von Dominanzverhältnissen und die Vielfalt struktureller und alltäglicher Diskriminierung.

Schon allein am Beispiel verschiedener Rassismen zeigt sich, daß es jeweils um sehr unterschiedliche Macht- und Verteilungskämpfe geht. So ging und geht es zum Beispiel im kolonialen Rassismus primär um ökonomische Ausbeutung, die durch die Entwertung kolonial unterworfener Völker zu rechtfertigen versucht wurde. Im Antisemitismus hingegen geht es sehr viel mehr um die Frage kultureller Dominanz, da sich die christliche Kultur von Anfang an in ihrem Alleinvertretungsanspruch vom Judentum provoziert fühlte. Dementsprechend sind die jeweiligen Stereotype völlig unterschiedliche, so wenn der Jude für den Antisemiten als übermäßig reich, intelligent und mächtig gilt, wohingegen der Rassist den Schwarzen als primitiv und unzivilisiert bezeichnet. Wieder andere Bilder hat der antiislamische europäische Rassismus hervorgebracht, der aufgrund der Geschichte eines langen Kampfes um politische und kulturelle Hegemonie die Moslems vorzugsweise als blutrünstige Krieger zu beschreiben beliebt. In der Vielfalt dieser Bilder schlagen sich also die unterschiedlichen Dominanzansprüche und Bemächtigungsgeschichten nieder.

Um die innere Hierarchie der Gesellschaft hingegen geht es zum Beispiel beim Sexismus und Heterosexismus im Namen einer „natürlichen" Ordnung. Dabei wird versucht, Frauen auf die unteren Ränge und Lesben und Schwule an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Gleichzeitig wird in der Homophobie immer auch die Angst um die eigene, immer prekäre Geschlechtsidentität, ausagiert. Hier könnte man gewissermaßen von einer psychologischen Ausbeutung sprechen, in der das eigene Selbstbild über die Entwertung anderer stabilisiert werden soll.

Damit stoßen wir auf eine Gemeinsamkeit der verschiedenen Unterdrückungsformen: Immer werden andere zur Selbstaufwertung benutzt und bedrohliche, unbewußte Wünsche an ihnen ausagiert. Insofern hat zum Beispiel das Bild von „der" Frau und „dem" Schwarzen auch viele ähnliche Züge. Der/die Andere wird für die eigenen Interessen funktionalisiert und in diesem sehr abstrakten Sinn sind sich die verschiedenen Unterdrückungsformen gleich. Auf diese Gemeinsamkeit zielt auch die Theorie vom Sündenbock, die davon ausgeht, daß es letztendlich gleichgültig ist, wer diskriminiert wird, der/die „Andere" ist ja nur Projektionsfläche für innere Konflikte. Dabei gerät jedoch die Beziehung zu dem „Anderen" aus dem Blick. Wenn zum Beispiel deutsche Jugendliche gegenüber EinwanderInnen gewalttätig werden, hat das sicherlich auch mit ihren Problemen zu tun, gleichzeitig sind dies aber auch rassistische Gewaltakte, die die Beziehung zu den EinwanderInnen zerstören. Für die meisten Politiker, Wissenschaftler und Eltern liefert dies jedoch lediglich einen Anlaß, heftig über die Probleme „unserer" Kinder nachzudenken und zugleich den Rassismus auszublenden. In dem Sinn werden die Minderheiten erneut funktionalisiert, nämlich jetzt, um sich selbst in seiner Problematik zu thematisieren. Das betrifft sogar auch wohlmeinende antirassistische Theorien, die die rassistische Gewalt zum Anlaß nehmen, den fortschreitenden Sozialabbau anzuprangern und deshalb für eine gerechtere Einkommens- und Sozialpolitik zu plädieren. Auch sie bleiben letztlich im Grundmuster des Rassismus befangen, die „Anderen" für die eigenen Probleme zu funktionalisieren.

In solchen Theorien drückt sich auch eine totalisierende Selbstdarstellung der „Opfer" aus. Opfer von Individualisierung, Opfer ökonomischer Ausbeutung, Opfer sexistischer Unterdrückung etc., ein solcher Opferstatus scheint eine Teilhabe an Macht generell auszuschließen. Der Entlastungsgewinn auf seiten der Opfer ist dabei unübersehbar.

Aber diese Sicht hat meines Erachtens noch einen anderen Hintergrund: Sie ist aus der Sicht der „Opfer" auch Ausdruck einer umfassenden Präsenz von Diskriminierung. Das zeigte sich zum Beispiel in der neuen Frauenbewegung, in der immer deutlicher wurde, wie und wo Diskriminierungen greifen, ja daß unsere ganzen Lebensweisen und Denksysteme von Diskriminierungen durchdrungen sind, zum Beispiel in Form einer frauenverachtenden Sprache oder in einer Psychologie, die die Frau zum kranken Geschlecht erklärt. In der daraufhin von der Frauenbewegung entwikkelten Gegenkultur etablierten sich aber neue normative Vorgaben.

Je umfassender der Anspruch auf eine widerständige Lebensweise, desto hermetischer grenzte sich diese Gegenkultur ab und verpflichtete auf ein neues Weiblichkeitskonzept, das aber in erster Linie die westliche, weiße Mittelschichtsfrau repräsentierte und damit viele andere Frauen ausschloß.

Ebenso wie auch in der linken Theorie im Bild „des" Arbeiters sich der männliche, leistungsfähige, einheimische Industriearbeiter ein Denkmal setzt und Frauen, Arbeitslose und Migranten zum Sonderfall entwertet. Diese Exklusivität drückt sich im übrigen auch in der Idee vom Haupt- und Nebenwiderspruch aus, die den eigenen Vorrang im Opferstatus zu behaupten versucht. Die Geschichte vom Hauptwiderspruch könnte nämlich zum Beispiel auch so erzählt werden, daß es den Arbeitern hier im Kampf um Arbeitsplätze und höhere Löhne vor allem um eine weitere Privilegierung gegenüber der vom Reichtum ausgeschlossenen Völker der sogenannten Dritten Welt geht. Oder aber daß die weißen Feministinnen im Kampf gegen Sexismus primär um eine verstärkte Teilhabe an der Herrschaft einer rassistischen Gesellschaft kämpfen. Je nach Perspektive treten also durchaus unterschiedliche Dimensionen hervor, die sich nicht aufeinander zurückführen lassen.

Diese Tatsache der Gleichzeitigkeit von Diskriminierung und Dominanz erfordert ein neues Konzept von Politik, das eben nicht einen Kampf „der" Unterdrückten gegen „die" Herrschenden propagiert, sondern das die Differenzen wahrnimmt und in wechselnden Koalitionen auf eine adäquate Repräsentanz und Partizipation aller dringt. Die Stärke einer solchen Politik liegt darin, für alle gleichermaßen ein Recht auf Partizipation in dieser Gesellschaft einzufordern gegen die Vertreter einer „natürlichen" Ordnung, die doch immer nur diese privilegiert. Aber auch eine solche Politik wird es nicht verhindern können, daß letztlich jede Gruppe immer auch auf Kosten der anderen ihre Macht zu etablieren versucht.

Metalldetektoren, das untere der Fahrzeuge mit Hohlspiegeln untersucht. Alle Personen werden namentlich erfasst.
Wir fahren weiter und befinden uns jetzt in der neutralen, der sog. "Grauen Zone". Seit Tuxtla beobachten wir, daß die Reaktion der Menschen am Straßenrand auf unser Erscheinen immer intensiver und freundlicher wird. War es am Anfang ein eher verhaltenes Lächeln, ab und zu ein winken, werden wir jetzt überall freundlich begrüßt. Die Menschen winken uns zu, teilweise die Fäuste hoch, das Victory-Zeichen, "Viva Zapata" Rufe. Du kriegst so ein Gefühl, hier entsteht eine neue Kraft, die gehören zusammen, die ArbeiterInnen, BäuerInnen, StudentInnen, Intellektuellen, die politisch organisierten Leute aus der Karavane und die Indigenas in Chiapas. Und du merkst langsam,die Indigenas stehen voll hinter dem EZLN. Sie selbst sind die Guerilla. Wir passieren San Miguel, einem kleinen Ort, an der Grenze der von dem EZLN kontrollierten Gebiete. Nach einigen Kilometern kommt die erste Kontrollstelle der Zapatisten. Sie tragen dunkle Kleidung und sind mit roten Halstüchern oder Masken vermummt. Sie sind mit Gewehren oder Maschinenpistolen bewaffnet. Wir erhalten die Anweisung, nicht zu filmen und zu fotografieren, werden nicht kontrolliert. Wir fahren weiter, einige Stunden, es wird dunkel. Schließlich kommen wir an eine weitere Kontrollstelle. Der Subcomandante Marcos persönlich läßt sich die Ausweise zeigen und begrüßt jede/n per Handschlag. Nach einigen Kilometern kommen wir in einem Dorf an, wo Endstation ist (wir sind etwa 20 km im vom EZLN kontrollierten Gebiet). Erst am nächsten Morgen bekommen wir mit , wo wir sind. Das Dorf liegt in einer wunderschönen Landschaft. Pferde, Rinder, Schweine, Hühner laufen frei herum. Die Menschen haben früh mir der Arbeit begonnen. Einige stehen auch herum und schauen uns zu, darunter vermummte Zapatistas. Wir sollen im Dorf bleiben, können uns aber frei bewegen. Lebensmittel und Medikamente werden kollektiv ausgeladen, sortiert und in Häusern verstaut. Immer wieder werden Parolen gerufen. Es gibt ein kollektives Essen in einer Art Volksküche, aus Riesentöpfen mit Bohnen und Tortilla, dazu Zitronentee. Einige von uns, denen unterwegs die Verpflegung ausgegangen war hatten schon Angst, nichts zu Essen zu bekommen, denn "der Hunger und der Durst gehen von hier bis nach Guatemala"(Subcomandante Marcos)..
Und dann kommen sie plötzlich, etwa 100 Frauen und Männer des EZLN unter der Leitung von Marcos, exerzieren vor uns ,zweimal durchs ganze Dorf, eben eine Guerilla-Armee. Sie werden von den Leuten aus der Karavane begeistert empfangen, "Viva EZLN". Sie stellen sich auf dem Dorfplatz auf, die Indigenas aus dem Dorf kommen hinzu, die Leute aus der Karavane hängen die Transparente rund um den Dorfplatz herum auf, wieder Sprechchöre und Parolen. Die EZLN-SoldatInnen singen die mexikanische Nationalhymne und anschließend die Hymne des EZLN (hierbei singen alle mit). Danach findet nach kurzer Pause eine Versammlung unter allen Leuten statt, Indegenas, bewaffnete KämperInnen und Karavane. 62 Organisationen stellen sich vor, übermitteln solidarische Grüße, geben teilweise kurze politische Einschätzungen ab. Nahezu alle begrüßen die Erklärung der EZLN und halten die Entscheidung für richtig, die Verhandlungen mit der Regierung abzubrechen. Immer wieder wird die "Unidad", die Einheit der zukünftigen Kämpfe betont und zur Bildung der Nationalen Demokratischen Konvention aufgerufen.
Subcommandante Marcos hält eine längere Rede: < Wir haben unsere Toten gefragt, wofür sie gestorben sind." Nicht dafür, daß die Regierung jetzt ein Krankenhaus oder eine Schule oder eine Straße baut und damit ist dann alles erledigt. Das Leben muß sich insgesamt grundlegend ändern, es darf nicht umsonst so viele Tote gegeben haben" haben sie uns geantwortet>. Die indigenen Gemeinden haben sich daher gegen das "Friedensabkommen" mit der Regierung ausgesprochen. Ermuntert wurden sie dabei durch den Widerstand und die Solidarität der mexikanisc[illegible] Zivilbevölkerung in den Städten."Es ist wichtig und notwendig" so Marcos, "die Zusammenarbeit und Einheit zwischen EZLN und progressiver mexikanischer Zivilbevölkerung zu entwickeln. Das Angebot der Regierung war pressewirksam, aber unkonkret und nichtssagend. Wir wissen noch nicht genau, wie die zukünftige Gesellschaft aussehen soll. Aber wir wissen, was wir nicht wollen, diese Regierung".
Marcos ruft zur Bildung der Nationalen Demokratischen Konvention auf und schlägt ein erstes Treffen Mitte Juli in den kontrollierten Gebieten vor. Der Vorschlag wird allseits mit Zustimmung und Begeisterung aufgenommen.
In den folgenden Tagen haben wir Gelegenheit, ein wenig vom Alltagsleben des Dorfes im indegenen Widerstand mitzubekommen.

Grüße aus der Selva Lacandona
Viva Zapata
No estan solos
Viva la revolucion

Viva EZLN
Hasta la victora siempre

c/o el rojito, große Brunnenstr.74,22763 HH

Spendenkonto für den Medienfond der EZLN: Stichwort Medienfonds EZLN;ILA,58399-501 PGA Köln, BLZ 370 100 50

Die Chronologie zu Frankreich mußten wir leider etwas zusammenkürzen. Sie hätte sonst den Umfang des Heftes gesprengt. Sagen sollen wir noch, daß es sich dabei um ein Vorbereitungspapier für eine Veranstaltung handelt.

Fulminantes Nantes
Chronologie einer Rebellion

In den Mund gelegt

Am 4..Februar 1994, dem Tag des Besuchs des Premierministers/ersten Unglücks Balladur, kämpfen wütende Fischer, die aus der ganzen Bretagne gekommen sind, gegen die CRS. Bewohner aus Rennes schließen sich ihnen an, ebenso einige aus Nantes, die im Radio von den Auseinandersetzungen gehört haben (beide Städte liegen nur 100 km auseinander). Die Kämpfe ziehen sich über den ganzen Tag. Die Demonstranten sind sehr entschlossen, benutzen ... Signalraketen gegen die Bullen. Die Presse wird von "ungeheurer Gewalttätigkeit", wie sie "nicht einmal 68" gesehen wurde, schreiben. Die CRS (1) wird sich am nächsten Tag bitter beklagen, und ihre Offiziere werden Maßnahmen zum besseren Schutz der "Ordnungskräfte" fordern! Diese Söldner, die gewöhnlich munter auf schutzlose Demonstranten einprügeln, entdecken, daß andere genauso gute Schläger sein können wie sie. Bestürzung und Panik: "Die CRS fürchten die Stadtguerilla" lautet die übertriebene Schlagzeile der Ouest France. Dennoch sind von den 70 Verletzten, die am Ende des Tages gezählt werden, nur 7 von den CRS. Einem Demonstranten wurde die Hand zerfetzt von etwas, was die Presse eine "Deflagrationsbombe" nennt. Zahlreich sind Knochenbrüche. "Verletzungen aus Kriegszeiten", unterstreicht ein Arzt des Krankenhauses von Rennes. Vier "Aufrührer" werden festgenommen: zwei Fischer und zwei Arbeitslose aus Rennes (Oest France schreibt ohne zu zögern: "Zwei Fischer und zwei casseurs") (2). Am nächsten Tag werden sie in einem Schnellverfahren verurteilt. Alle vier erhalten Gefängnisstrafen, die Arbeitslosen wesentlich härtere als die Fischer (vier Monate Knast).

In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar brennt das "Parlament der Bretagne", ein historisches Gebäude im Stadtzentrum, das als Sitz des Berufungsgerichtes dient. Wahrscheinlich wurde es durch Leuchtraketen, die im Dachstuhl gelandet sind, entzündet. Vom folgenden Tag an lanciert eine Gruppierung von angesehenen Persönlichkeiten und bretonischen Stars mit großem Tam-Tam eine Kollekte für die "Wiedergeburt des bretonischen Parlaments". Der Chef von Ouest France redet von "der Wiederherstellung der Solidarität, die durch den gewalttätigen Wahnsinn, der plötzlich eine Gruppe Verzweifelter befallen hat, beeinträchtigt wurde", um seine Leser aufzufordern, ihren Obolus zu entrichten. Die Regionalparlamente und Bürgermeister versprechen, große Summen aus öffentlichen Geldern aufzubringen, um das "Symbol der Bretagne" wieder aufzubauen. Die Frau eines Fischers schreibt an Ouest France: "Meine Wut war sehr groß, als ich sah, daß sofort 10 Millionen Francs für das Parlament locker gemacht wurden, während wir kämpfen und unsere Wut heraus schreien mußten, bis man überhaupt erst mal die Güte hatte, uns zu hören. Sicherlich sind die Steine wertvoll, aber sind es die Menschen weniger? (...) Ich hoffe, daß unser Leben genao so schnell wieder aufgebaut wird wie das Parlament." und sie unterschreibt mit: "eine zukünftige SDF." Ein Lied, das eine in der Bretagne berühmte Melodie entwendet, bemerkt dazu: " Ich glaube, daß dieser Brand zur rechten Zeit ausgebrochen ist, um alle die vergessen zu lassen, die auf kleiner Flamme krepieren." Tatsächlich fällt der TV-Feldzug zugunsten des Palastes der bretonischen "Notabilität", der vor allem darauf



abzielte, die Revoltierenden schlecht zu machen, völlig durch. Der Gedanke, daß eine entschlossene Revolte sich besser auszahlt als Bettelei, verbreitet sich. Die Erinnerung an den offensiven Mut der Fischer wird auf den Demonstrationen im März/April sehr präsent sein. (Nur die Raketen werden fehlen!)

Vorspeise

Seit dem Herbst stieg auf dem Campus von Nantes das "Fieber", wie die Zeitungen schreiben. Proteste gegen den Mangel an Räumen, Professoren, Krediten, und gegen die großzügigen Zuschüsse, die dem privaten Sektor gewährt wurden, brachte gewisse Leute zu allgemeinerem Nachdenken über die Gesamtheit des sozialen Systems, das so etwas hervorbringt. Verschiedene Gruppen, die im Herzen dieses diffusen Genörgels kritischere Ideen über die herrschende soziale Ordnung verteidigten als die, die Gewerkschaften und Politiker der "Opposition" sanft schnurren, fanden wachsende Beachtung. Zu diesen gehörte SCALP (Anti LePen Organisation), die von einer streng anti-faschistischen Opposition zu einer Infragestellung des sozialen Elends, das den Faschismus nährt, überging. Und ebenso

BLEIBT DRÜBEN !

In den letzten zwei Jahren und besonders seit diesem Frühjahr hat Ostberlin für viele "linksalternative" junge Wessis stark an Attraktivität gewonnen. Während vor zwei Jahren in der Scene noch kaum über den Osten zu reden war, können wir jetzt allabendlich Kolonnen von Wessis auf Amüsiertour in der Oranienburger oder um den Kollwitzplatz erleben. Viele sind schon in den Osten gezogen, viele wollen folgen. Selbst alte Kreuzberger GenossInnen erzählen uns von Umzugsplänen.

Als Grund wird neben den hohen Mieten und der allgemeinen Wohnungsknappheit in Westberlin oft die "Abgefucktheit" der Kreuzberger Szene genannt. Und natürlich, daß der Osten so "freundlich" und "menschlich" ist.

Damit ist natürlich nicht ganz Ostberlin gemeint, denn die Zuzüge beschränken sich auf das Scheunenviertel und Prenzlauerberg, d.h. auf genau jene Gegenden, in denen sich in den letzten Jahren eine Kneipen- und Amüsierlandschaft nach O-Straßen oder Winterfeldplatz-Vorbild herausgebildet hat. Die Szene zieht nur dorthin, wo es schon ist, wie im Westen bzw. wo es so gemacht wird.



Die DDR-Vergangenheit dieser Orte spielt dabei höchstens eine "folkloristische" Rolle. Kneipen werden (witzig!) "Obst und Gemüse", "VEB Ostzone", "Kommandantur" o.ä. genannt. Wir können das nur als Verhöhnung empfinden.

Die uns bekannten Westler, die sich mit ihrer neuen Umgebung auseinandersetzen, können wir an einer Hand abzählen.

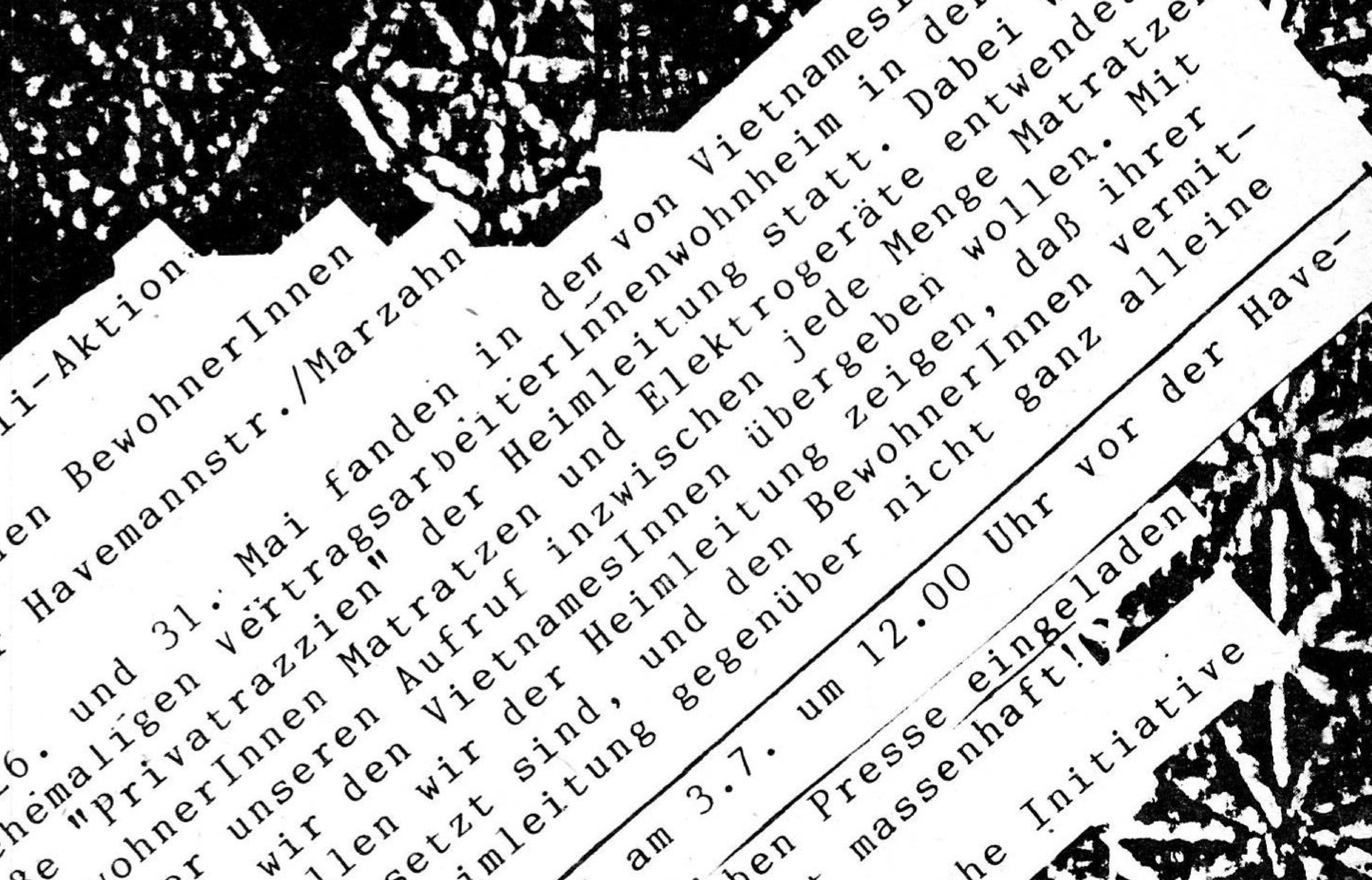
Genauso wenig wird sich mit den sozialen Folgen auseinandergesetzt. Daß die neuen Kneipen alteingesessenen Prolo-Stampen oder auch schon mal ein Postamt oder einen Lebensmittelladen verdrängen, ist den meisten eh'unbekannt und interessiert auch nicht. Schließlich ist die Postdichte in Westberlin sowieso geringer und überhaupt ist es "normal", daß ein Bezirk in City-Nähe "aufgewertet" wird. Genauso "normal" ist es, bei der wip oder der WBM ein paar tausend Mark Bestechungsgeld für den Bearbeiter zu lassen - die auf dem Westberliner Wohnungsmarkt verlangten Provisionen sind schließlich noch höher...

Diese Zuzüge sind nicht mehr als Randerscheinung abzutun. Sie haben ein bedeutendes Ausmaß erreicht und sie ziehen eine Umstrukturierung der Ostberliner Kieze zu Erlebnisparks für gestresste Pseudokreative mit sich. Das verschlechtert jetzt schon deutlich die Lebensbedingungen in eben diesen Kiezen. So sind z.B. die Ausgangs-Bierpreise der neuen Kneipen jetzt schon 50% höher, als anderswo. Die Mieten steigen auf Westniveau und höher, obwohl gerade die betroffenen Gegenden selbst in Ostberlin zu den ärmsten Vierteln gehören. Von dem Lärm und der Verkehrsbelastung durch den umherziehenden Party-Mob gar nicht zu reden.

Aus allen diesen Gründen können wir Eure dauerhafte und ständig wachsende Präsenz bei uns überhaupt nicht mehr schön finden. Wir sind daher ersteinmal gegen alle weiteren Zuzüge von Euch.

Wenn Euch in Westberlin die Luft zu eng wird, ist Weggehen kein Ausweg. Indem ihr massenhaft in die angesagten Viertel im Osten emigriert, tragt ihr dazu bei, daß es dort genauso wird, wie da, wo ihr weg gezogen seid. Bleibt also dort, wo ihr seid und tragt dazu bei, daß es dort besser wird! Wir werden nicht länger als Kulisse für die Selbstdarstellungsnöte der Westberliner Szene herhalten.

Autonome aus Prenzlauerberg



Soli-Aktion
mit den BewohnerInnen
der Havemannstr./Marzahn

Am 19., 26. und 31. Mai fanden in den von VietnamesInnen bewohnten ehemaligen vertragsarbeiterInnenwohnheim in der Havemannstraße "Privatrazzien" der Heimleitung statt. Dabei wurden den BewohnerInnen Matratzen und Elektrogeräte entwendet.
Wir haben über unseren Aufruf inzwischen jede Menge Matratzen gesammelt, die wir den VietnamesInnen übergeben wollen. Mit dieser Aktion wollen wir der Heimleitung zeigen, daß ihrer Willkür Grenzen gesetzt sind, und den BewohnerInnen vermitteln, daß sie der Heimleitung gegenüber nicht ganz alleine dastehn.

Die Übergabe-Aktion soll am 3.7. um 12.00 Uhr vor der Havemannstr. 34-38 stattfinden. Wir haben Presse eingeladen. Kommt massenhaft!

Antirassistische Initiative

Aus Chiapas/Mexiko

EZLN erklärt die Verhandlungen für gescheitert

Zapata vive, la lucha sigue - Zapata lebt, der Kampf geht weiter
Viva EZLN, viva subcommandante Marcos

Das sind die Parolen, die heute in Mexiko überall zu sehen und zu hören sind. Wir sind erst einige Tage hier, aber schon jetzt können wir sagen, daß es unheimlich viel Sympathie und eine starke Mobilisierung für den EZLN gibt. So fand am 10.06.94 in Mexiko-Stadt eine weitere große Demonstration für die Zapatistas statt. Es kamen ca. 30-40.000 Menschen, Indigenas und Mestizen, Campesinos/as, ArbeiterInnen und StudentInnen. Es kamen die Armen aus den Slums von Mexiko-City. Es erschienen die linken Gruppen und Parteien bis hin zur Oppositionspartei PRD. < Viva Zapata > schallte es durch die Straßen.
Mit Abschluß der Demonstration setzte sich eine Karavane in Richtung Chiapas in Bewegung. Diese Karavane, mit der auch wir unterwegs sind, besteht aus ca. 3o Fahrzeugen (LKWs, Busse, PKWs). Ziel der Karavane sind die von den EZLN kontrollierten Gebiete (insgesamt doppelt so groß wie El Salvador). Um dieses Gebiet herum übt die Armee eine Art Belagerungszustand aus, indem sie jede/n kontrolliert, der/die rein oder raus will. Materielles Ziel der Karavane ist es,etwa 18o Tonnen Lebensmittel und Medikamente,gespendet vom mexikanischen Volk, in die kontrollierten Gebiete zu bringen, für die Zapatistas und die indigene Bevölkerung. Politisches Ziel der Karavane ist es,die von der mexikanischen Regierung verhängte Blockade zu durchbrechen und den Zapatistas die Solidarität des mexikanischen Volkes zu übermitteln. An der Karavane nehmen etwa 400 Leute Teil, VertreterInnen aus 180 sog. "Nicht-Regierungs-Organisationen". Zum großen Teil handelt es sich dabei um linke Gruppen, aber auch kirchliche und humanitäre Gruppen sind vertreten. Weiterhin sind zahlreiche JournalistInnen dabei.
Als wir in der Provinzhauptstadt von Chiapas, in Tuxtla Gutierrez, ankommen, erreicht uns folgende Nachricht: Der EZLN hat mit einem Kommunique vom 10.06.94 die Verhandlungen mit der Regierung für gescheitert erklärt. Der EZLN hat das unkonkrete und scheinheilige Friedensangebot der Regierung abgelehnt. Der EZLN ruft jetzt alle progressiven Kräfte Mexikos , zur Bildung eines " Nationalen Demokratischen Bündnisses" auf. Das Bündnis soll die Ziele des mexikanischen Volkes verwirklichen. Der EZLN fordert fordert den Rücktritt der mexikanischen Regierung. Es soll aus dem Bündnis heraus eine Übergangsregierung gebildet werden, bis freie demokratische Wahlen garantiert sind. Der EZLN verkündet die einseitige Verlängerung des Waffenstillstands. Die Entscheidung, die Verhandlungen mit der Regierung abzubrechen, wurde mit 98% zu 2% unter den inigenen Gemeinden in den kontrollierten Gebieten getroffen.
Von der EZLN-Erklärung waren alle überrascht. Viele hatten die Fortsetzung der Verhandlungen seitens des EZLN erwartet. Trotzdem wird die Erklärung mit Zustimmung, teilweise mit Begeisterung , aufgenommen. Viele fragen sich, ob die Regierung sofort militärisch antworten wird. Wird die Karavane durchkommen? Wir setzen die Fahrt fort und bleiben die Nacht in San Cristobal De Las Casas. Jene Stadt mit 100.000 EiwohnerInnen, die der EZLN im Januar 1994 eingenommen hatte und in der Anfang März 1994, unter Vermittlung von Bischoff Samuel Ruiz, die Friedensgespräche geführt worden waren. Auf dem Weg nach San Christobal passieren wir zwei Militärkontrollen, die aber eher oberflächlich ablaufen. Am selben Tag findet eine Demonstration für den EZLN in Tuxtla mit 5000 Leuten statt.
Am nächsten Morgen, 13.06.94, gibt Bischoff Ruiz am Treffpunkt der Karavane eine Presseerklärung ab und hält eine Predigt. Er betont, daß der EZLN weiterhin den Dialog mit der demokratischen zivilen Gesellschaft Mexikos suche. Insofern seien die Verhandlungen nicht gescheitert, nur der Rahmen habe sich verändert.
Ebenfalls am 13.06.94 gibt Regierungspräsident Salinas eine Presseerklärung ab: Die Regierung sei nach wie vor zu einer politischen Lösung bereit, es bleibe beim Waffenstillstand. Die Kontrollen der Armee würden fortgesetzt, um jeden Waffenhandel zu vermindern.
Die Karavane setzt sich in Bewegung. 5 km hinter San Cristobal Militärkontrolle. Eine 200 Meter lange Sperre, etwa 100 Soldaten sind sichtbar, um die Sperre herum sind Schützengräben ausgehoben. Die Durchsuchung ist relativ oberflächlich. Allerdings werden alle Fahrzeuge und Fahrer notiert, es wird - beidseitig- wie wild gefilmt und fotografiert. Nach etwa 10 km kommt die nächste Kontrolle, sie läuft ähnlich ab. Sie befindet sich beim Militärstützpunkt Rancho Nuevo, der am 1. Januar 1994 durch den EZLN angegriffen wurde. Damals sind von 750 Soldaten 280 desertiert und haben sich der Guerilla angeschlossen. Sie nahmen soviel an Waffen mit, wie sie tragen konnten. Vielleicht erklärt das auch die Freundlichkeit der Soldaten an der Kontrollstelle, unter ihnen viele Indigenas. Bei Ocosingo erreichen wir das Ende des von der Regierung beherrschten Gebietes Mexikos. Hier müssen wir uns der letzten und intensivsten Militärkontrolle unterziehen. Alles, jede Lebensmittelkiste, wird mit

die Gruppe "Virus Meuterei", die seit Herbst 1992 eine Menge provozierender Interventionen gegen die Autoritäten der Universität und die "Waren"gesellschaft, die sie repräsentieren, durchführte. Mit Anfang des zweiten Universitätssemesters wird diese kritische Bewegung stärker werden.



Am 22. Februar 1994 besetzen 150 StudentInnen das Präsidium der Universität von Nantes, um gegen die unzulängliche Anzahl der vom Ministerium zugewiesenen Stellen zu protestieren. Ungefähr 60 verbringen dort die Nacht bis ca. 3 Uhr morgens. Sie fordern das Recht zu studieren, auch wenn die Studien "nicht rentabel" sind.
Am 24. Februar wird das Rektorat von ungefähr 200 StudentInnen besetzt. Die Polizei schreitet ein und räumt "ohne Rücksichtnahme". Die StudentInnen werden in die geisteswissenschaftliche Fakultät "zurückgedrängt".
Am 25. Februar besetzen 300 StudentInnen von neuem das Rektorat. Zu ihren Protesten gegen den "Mangel" und sein Gegenstück, den "Willen, private Universitäten für die Reichen zu errichten" kommt zum ersten Mal die Kritik am "SMIC für Jugendliche"dazu.

Am 9. März besetzen die StudentInnen für längere Zeit die Industrie- und Handelskammer im Zentrum der Stadt. Sie organisieren dort eine Versammlung, die "die Arbeitslosen, Studenten, Schüler, Arbeiter, alle die, die vom sozialen Kahlschlag betroffen sind", dazu aufruft, am nächsten Tag an einer Demonstration vor der Präfektur teilzunehmen. Einer ihrer Vertreter erklärt, daß "das SMIC für Jugendliche ein großer Baum in einem Wald von Problemen ist".

Diese Kritik, die immer öffentlicher formuliert wird, kann in anderen Bevölkerungskreisen nur auf ein günstiges Echo stoßen, denn sie geht Hand in Hand mit weiteren Revolten:
- Harte Streiks brechen in den Unternehmen der Region aus, in denen die ganze oder ein Teil der Belegschaft von Entlassungen bedroht ist (200 Arbeiterinnen bei Chantelle in Saint Herblain, 80 Arbeiter bei Arno in Saint Nazaire) oder in denen interne Regelungen verschärft werden.
- Die Arbeitslosen kommen aus der Isolierung und Passivität heraus: am 23. Februar dringt ein Kollektiv, das 400 Arbeitslose versammelt, in das Rathaus von Nantes ein und fordert "Notmaßnahmen: das Recht auf Wohnraum, kein Abstellen von Wasser, Gas, Elektrizität, Telefon".
- Und die ausgegrenzten Jugendlichen der Vororte antworten auf die Agressionen der Polizei, denen sie ohne Ende ausgesetzt sind: am 19. Februar gehen drei Polizisten, die wegen nächtlicher Ruhestörung gerufen wurden, in Viertel Boissiere von Nantes "in eine Falle". Sie werden von ca. 20 Jugendlichen angegriffen und befreien sich, indem sie "in die Luft" feuern.

Einige Tage später, am 24., kommt es am Palast der Justiz zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen, die gekommen waren, "um einen Freund zu unterstützen".

Alle diese Strömungen der Unzufriedenheit werden auf den Demonstrationen gegen das CIP auf der Straße zusammen kommen, im Angriff auf die Bastionen des Staates - die Präfektur und den Palast der Ungerechtigkeit - und in den Zusammenstößen mit den Söldnern, die diese verteidigen.

Widerstandsplatte

Seit Anfang März verbreiten sich die Demonstrationen gegen das CIP in ganz Frankreich. In Nantes wachsen sie von einigen hundert DemonstrantInnen am 10. März auf mehr als 25.000 am 12. März "rund um" die CGT an. Sie sind noch friedlich, obwohl es in einigen anderen Städten in Frankreich schon zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Am 17. März wird sich alles ändern. Am Tag vorher hatten einige hundert StudentInnen "ohne Parteiabzeichen" auf einer Vollversammlung



beschlossen, sich der gewerkschaftlich organisierten Anti-CIP Demonstration anzuschließen, ohne in deren "Schlepptau" zu bleiben ("Die Gewerkschaften bringen die Herde zusammen, Balladur baut einen Zaun um sie herum", verkündete eine Wandinschrift). Sie hatten dem Arbeitslosen Memene Beifall gespendet, als dieser sagte: "Wir sind alle Ausgegrenzte. Gegen das SMIC zu grölen, reicht nicht aus: es gibt noch die ganzen anderen anti-sozialen Gesetze."



WIR WOLLEN KEINE WELT MEHR,
die uns nur die Wahl läßt zwischen
der düsteren Langeweile eines Lebens, das auf der Arbeit vergeudet wird,
und dem schwarzen Elend der sozialen Verbannung.

Wir sind alle potentielle Ausgegrenzte:

Diskriminierende Maßnahmen gegen die Ärmsten, kein sicherer Arbeitsplatz für niemanden, die Prekarität steigt sprunghaft an und kann jeden ohne Vorwarnung erwischen, Erziehung und Ausbildung sind auch keine Lösungen mehr!
Es wird keine geben, die von der Krise verschont werden (abgesehen von ihren Verwaltern natürlich). Man manipuliert uns, die Multinationalen teilen den Planeten in produzierende und konsumierende Länder.
Denn die liberale Ideologie erfaßt die menschlichen Beziehungen nur in Begriffen des Handels und der Ökonomie, das Individuum wird zugunsten seines Geldbeutels vergessen. Denn die Regierungen, welche auch immer, machen nichts, als dieses Svstem auf eigene Rechnung wiederzuverwerten, indem sie die Bevölkerungen mit Meinungsumfragen und Statistiken ködern, verlorene Logik.
Trotzdem werden wir heute immer mehr, die sich dem widersetzen. Seit einigen Monaten wird der soziale Friede, der allen Politikern so teuer ist, in Frage gestellt. Es gibt zahlreiche Beispiele:
Streik bei Air France, Studentenbewegung im Oktober/November, die Fischer, die die Nase voll haben, Gewalttätigkeiten am Ende von Demos,...
Das SMIC für Jugendliche offenbart nur die soziale Spannung, die verborgen war und die immer gewaltsamer wird:
Seine Abschaffung zu fordern, heißt nichts anderes, als von der Regierung zu verlangen, ihre Reformen geschickter zu kaschieren.

Nachdem sie uns die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen, das ganze soziale Elend aufgebürdet hat, fordern wir:

- Wohnraum für alle.
- kostenlose Schulen für alle, welcher Nationalität auch immer, qualitativ guter
  Unterricht
- kostenlose und gute ärztliche Behandlung für alle
- ein Mindesteinkommen, egal, wo wir her kommen oder welche Farbe unsere Haut hat
- Rücknahme des Artikel L.227-24, der die Zensur wieder einführt
- Schuldenerlaß für die armen Länder, die nur noch dafür arbeiten, die Interessen des
  IWF zu erfüllen
- Etc.

Eine soziale Bewegung von einigem Ausmaß ist im Entstehen, und, täuschen wir uns nicht, die radikale Veränderung der Gesellschaft erfordert anderes als Flickwerk an der Gesellschaft. Wir rufen jede und jeden dazu auf, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen, seinen Stein zur Demo mitzubringen...

-...
-Demo Donnerstag 17. März um 17.30
Platz des Handels

Am 17. März treffen sich auf der Demonstration 10.000 Leute in Nantes (und 8.000 in Saint Nazaire, das historisch eng mit Nantes verbunden ist). Als sie um 19 Uhr vor der Präfektur ankommt, schießt die CRS mit Tränengas. DemonstrantInnen antworten mit Pflastersteinen. Die meisten DemonstrantInnen zerstreuen sich jetzt, aber 2.000 bis 3.000 Leute halten den Bullen stand. Die DemonstrantInnen, unter denen man auch ziemlich betagte >Prolos< mit Ansteckern von CGT und CFDT findet, leisten den Angriffen der Polizei mit Steinen (dekoratives Geröll, das aus dem Schaufenster eines großen Gebäudes rausgerissen wurde) und brennenden Mini-"Barrikaden" Widerstand. Ihre Entschlossenheit ist beeindruckend, denn obwohl sie fast nichts in den Händen haben, weichen sie vor den Angriffen und unter dem Hagel von Tränengas und Granaten kaum zurück. Man spürt, daß ihnen die Wut Kraft verleiht. Diese ist gegen ein einziges Ziel gerichtet: die Bullen. Im Gegensatz zu dem, was das Fernsehen verbreitet, werden die Schaufenster nicht in Mitleidenschaft gezogen, mit Ausnahme von einem, das zu einem Waffengeschäft gehört; die Waffen bleiben aber außer Reichweite, da sie von einem innen angebrachten Gitter geschützt sind (aber das Bild wird von den Medien ausgiebig zum Beweis der "Gewalttätigkeit" der Demonstranten genutzt). Die Zusammenstöße dauern fünf Stunden lang an, ungefähr zwanzig DemonstrantInnen werden festgenommen. Es gibt ungefähr 60 Verletzte, mindestens zwei von ihnen haben Knochenbrüche.

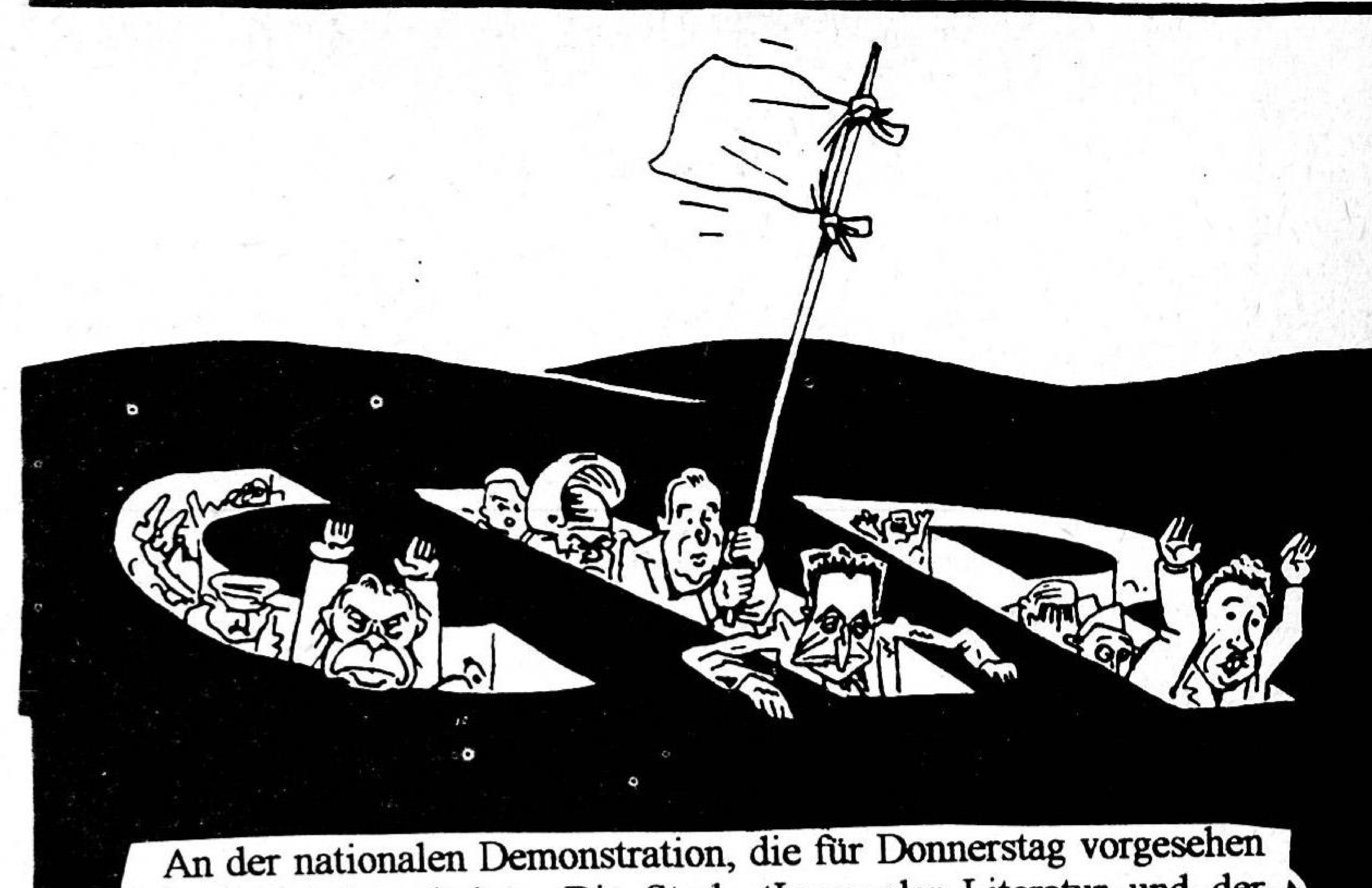
Am 18. März rufen einige hundert StudentInnen den Streik aus, um ihren "Abscheu vor der polizeilichen Repression" auszudrücken. Sie ziehen vor das zentrale Kommissariat, um die Freiheit für ihre verhafteten "Genossen" zu fordern. Als sie von einem massiven CRS-Kordon gestoppt werden, umgehen sie ihn und treffen vor der Präfektur auf weitere spontane DemonstrantInnen, unter ihnen viele SchülerInnen. Mehr als 3.000 ziehen durch die Straßen und rufen: "Nieder mit der



Sklaverei", "Balladur - ordure"(Müll), "CRS = SS", "Pasqua, salaud, la peuple aura ta peau" (etwa: Pasqua, Schweinehund, das Volk wird dir das Fell abziehen), Dann ziehen sie zum Bahnhof und blockieren fast zwei Stunden lang die Züge. Zur gleichen Zeit sind spontan fast 2.500 DemonstrantInnen in Saint Nazaire unterwegs. Der stellvertretende Bürgermeister von Nantes, Jean-Marc Ayrault, >Sozialist<, erklärt, daß er "die Unruhe unter den Jugendlichen versteht", sie aber dazu auffordert, alles zu tun, daß "ihre Bewegung nicht von Provokateuren und Unverantwortlichen vom rechten Weg abgebracht wird". Der Regionalverband der >kommunistischen< Partei redet von "Grüppchen von casseurs, die der Verband der PCF energisch verurteilt", und die Front National redet von der "Stadtguerilla", die von "echten ethnischen Banden" angeführt wird. Auf alle diese Verleumdungen antworten die DemonstrantInnen: "Es gibt nur einen einzigen casseur: den Staat und seine Lakaien."

Am Freitag, den 25., versammeln sich auf der nationalen Demonstration in Nantes noch mehr Leute: mindestens 20.000 Personen nehmen an ihr teil (und 9.000 in Saint Nazaire), darunter viele ArbeiterInnen aus Fabriken, die streiken oder im Kampf stehen (Chantelle, Arno, Waterman). Die Auflösung der Demo, die die Gewerkschaften freiwillig weit vor der Präfektur ankündigen, verhindert nicht, daß 2.000 bis 3.000 Demonstranten sich gegen 20 Uhr vor dieselbe begeben. Die Polizei hält sich dieses Mal zurück, verbleibt im Innern der Präfektur und in ziemlicher Entfernung außerhalb. DemonstrantInnen singen und tanzen um ein großes Feuer aus Brettern von Baustellen, während andere die Präfektur mit Eiern und Steinen eindecken. Das Ganze geht über eine Stunde lang, dann greift die CRS äußerst brutal ein, taucht aus allen Straßen zur gleichen Zeit auf und teilt die DemonstrantInnen in kleine Gruppen auf, was zu verstreuten Auseinandersetzungen in einem guten Teil der Innenstadt führt. Die Auseinandersetzungen ziehen sich bis drei Uhr nachts hin, die letzten DemonstrantInnen werden über die großen Korsos Franklin Roosevelt und Quai de la Fosse zurückgetrieben, wo es ihnen unmöglich ist, den massiven Angriffen der Bullen zu widerstehen. 80 Personen werden festgenommen, 31 wird ein Verfahren angehängt. Die lokale Presse wird anmerken, daß "wie in den letzten Nächten der Zusammenstöße das Profil der Festgenommenen nicht dem "Regelfall" des casseur entspricht: mehrheitlich Studenten und Schüler, viele Arbeitslose, aber auch ein Seemann, ein Steinmetz, ein Behinderter etc." Das ist offensichtlich, da diese "Regelfälle" nun einmal nur dazu da sind, Sand in die Augen der Leute zu streuen, und weil, wie es ein seit den ersten Zusammenstößen verbreitetes Flugblatt ("Man hat die 'casseurs'-Fabrik gefunden", 20. März 1994) schrieb, es unmöglich ist, diese "casseurs" woanders zu finden als im Geschwätz der Minister und ihrer Presselakaien, es sind Köder, ähnlich den Chimären der Legenden, die sich, sobald man sie gefangen hat, in normale revoltierende Bürger verwandeln.

Am Montag, den 28. März kündigt Balladur die "Außerkraftsetzung" des CIP für eine Woche an. Alle Welt lacht.



An der nationalen Demonstration, die für Donnerstag vorgesehen ist, wird festgehalten: Die StudentInnen der Literatur und der Geisteswissenschaften halten ihren Streik aufrecht, die NaturwissenschaftlerInnen schließen sich ihnen an. Allein die JurastudentInnen fangen mehrheitlich an, gegen die Besetzung zu protestieren, die sie daran hindert zu "arbeiten", um die Staatsanwälte, Richter und Gerichtsvollzieher von morgen zu werden.

Die Zusammensetzung der Vertreter der Schülerkoordination von Saint Nazaire wird durch eine Vollversammlung geändert, welche einen Vertreter absetzt, der "die Gewohnheit angenommen hatte, zu entscheiden, ohne (die Versammlung; Anm. des Übersetzers) zu Rate zu ziehen".

Die Versammlung der StudentInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslosen, die sich weiter im größten Hörsaal der Rechtsfakultät trifft, beschließt für den 30. März die Blockade von Nantes.

Am 6. April gibt es auf dem Campus zwischen Streikenden und Nicht-Streikenden, die sich den Zugang zur geisteswissenschaftlichen Fakultät erzwingen wollen, um die Vorlesungen wieder statt finden zu lassen, einen Zusammenstoß. Faustschläge werden ausgetauscht und einige Stühle fliegen. Der Dekan verfügt die Aussetzung der Vorlesungen bis Freitag, um "Konfliktsituationen zu vermeiden".

In Nantes selber werden die Räume eines früheren Arbeitsamtes von ungefähr 50 Personen, Obdachlosen, Arbeitslosen, ArbeiterInnen, StudentInnen, besetzt, auf den Aufruf des "Kollektivs von prekären und solidarischen EinwohnerInnen von Nantes" hin. Ein Transparent, das an der Fassade angebracht wird, verkündet: "Teilen wir die Reichtümer. Leben wir anders, mit oder ohne Arbeit".

Gedicus

Nantes, 29. April 1994

Völkermord in Rwanda

Die Katastrophe und ihre Vorgeschichte

ak 367 – 8. Juni 1994

Bezogen auf Vorgänge in Schwarzafrika klingt es ungewohnt: Aber der Auslöser der furchtbaren Ereignisse in dem zentralafrikanischen Land läßt sich durchaus als faschistischer Putsch bezeichnen. Am Beginn des Abschlachtens von Hunderttausenden aus der Tutsi-Minderheit stand die vorbereitete Liquidation von politischen Gegnern, die, wie die Putschisten, dem Mehrheitsvolk der Hutus entstammen.

Mit einer Fläche von nur 26.338 Quadratkilometern ist Rwanda, unmittelbar südlich des Äquators gelegen, noch nicht einmal so groß wie etwa das Bundesland Brandenburg, der viertkleinste Flächenstaat Afrikas. Bei einer Bevölkerungszahl von schätzungsweise knapp 8 Millionen Menschen (Anfang 1994) ist es aber mit rund 300 Einwohnern pro Quadratkilometer zugleich einer der dichtbesiedeltsten Staaten der Erde. Dabei leben noch nicht einmal 8 Prozent in den Städten.

Rund 90 Prozent der Bevölkerung werden den Bantus zugerechnet (meist Hutu), rund 10 Prozent hamitisch-nilotischen Tutsis oder Watussis, 0,5 Prozent der Bewohner sind Twa (Pygmäen). Der die politische Geschichte Rwandas (ebenso wie des südlich angrenzenden Burundis) prägende Gegensatz von Hutus und Tutsis ist heutzutage auf den ersten Blick nicht ohne weiteres nachvollziehbar: Sie sprechen dieselbe Sprache, haben dieselben Religionen (56 Prozent Katholiken, 23 Prozent „Animisten", 12 Prozent Protestanten, 11 Prozent Mohammedaner) und leben jeweils über das ganze Land verteilt. Zudem haben sich in den letzten Jahrzehnten die beiden Völker zunehmend „vermischt", so daß auch anhand äußerlicher Merkmale Unterschiede meist nicht feststellbar sind. Die Volkszugehörigkeit wird nach dem Gesetz freilich konsequent von der des Vaters abgeleitet; unter dem jetzt getöteten, seit 1973 regierenden Diktator Juvénal Habyarimana war sie zudem im Paß vermerkt.

Jahrhundertelange Unterdrückung

Der Gegensatz von Hutus und Tutsis weist weit in die Geschichte zurück. Vermutlich schon seit dem 13. Jahrhundert wanderten nilotische oder Hima-Nomaden in mehreren Schüben aus dem heutigen Südsudan und Äthiopien in das Seengebiet Ostafrikas ein, wo sie auf eine seßhafte Bantubevölkerung trafen. Diese Bantu waren Feldbauern, deren gesellschaftliche Organisation auf verwandtschaftlichen Bindungen beruhte. Obwohl weitaus zahlreicher, wurden die Bantu jedoch bald von den militärisch überlegenen und wesentlich mobileren Nomaden dominiert. Diese allerdings gaben ihre eigene Sprache zugunsten der von ihnen unterworfenen Ethnien auf.

Vermutlich auf Grund der latenten Bedrohung durch die von ihnen beherrschten Bantus begannen die eingewanderten Tutsis, zentrale politische und militärische Organisationen aufzubauen und feudale Königreiche in Rwanda und Urundi (heute: Burundi) zu errichten. (Andere Hima-Monarchien entstanden im Gebiet der heutigen Staaten Uganda und Tansania.) Rinder und Ackerland wurden den Hutus zur Nutzung überlassen, sie mußten dafür Abgaben und Frondienste leisten. Den Tutsis hingegen blieben die Verwaltung des Staates und damit die Herrschaftsfunktionen vorbehalten. Diese Entwicklung war Ende des 18. Jahrhunderts im wesentlichen abgeschlossen, lediglich einige kleine Hutu-Königreiche im Nordwesten Rwandas blieben bis ins 20. Jahrhundert hinein autonom. Der Grad der ethnischen Vermischung zwischen den nilotischen Einwanderern und den ansässigen Bantus war sehr unterschiedlich, am höchsten wahrscheinlich in Buganda (im heutigen südlichen Uganda gelegen). Die schärfste ethnische und soziale Trennung bildete sich in Rwanda heraus. Hier übte die Tutsi-Minderheit eine uneingeschränkte Kontrolle über die wirtschaftlichen und politischen Ressourcen aus. Zur Kennzeichnung der damals in der dortigen Tutsi-Monarchie herrschenden Unterdrückungsverhältnisse wird gelegentlich der Begriff der „schwarzen Apartheid" verwendet.

Zunächst die deutsche, vor allem aber (ab 1916) die belgische Kolonialherrschaft führten zu einer weiteren Stärkung des traditionellen Systems, stützten sie sich bei ihrer Verwaltung doch auf die im Land herrschende Elite. Zur Festigung ihrer Kontrolle konzentrierte die belgische Kolonialverwaltung die Institutionen des Land-Oberhauptes, des Vieh-Oberhauptes und des Oberhauptes der Krieger in der Person des Tutsi-Königs und ebnete damit einer Verwandlung der feudalen Tutsi-Elite in eine modernere Herrschaftsbürokratie den Weg. Fortan begannen die Tutsis zum Beispiel, Hutus aus Rwanda als billige Arbeitskräfte in die Bergbauzentren von Belgisch-Kongo (heute: Zaire) zu vermieten.

Rwanda wurde 1946 zum UN-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung erklärt. In den fünfziger Jahren setzen nun gegen heftigen Widerstand der herrschenden Tutsis Versuche von seiten der Belgier ein, die Hutus stärker an der Verwaltung, zunächst auf kommunaler Ebene, zu beteiligen. 1954 wird das feudale Lehnssystem abgeschafft, ab 1955 beginnen die Kolonialbehörden, die Hutus politisch zu unterstützen. Im März 1957 veröffentlichen in Europa ausgebildete Hutus das sogenannte „Hutu-Manifest", und im darauffolgenden Juni kommt es zur Gründung der Hutu-Sammlungsbewegung „Mouvement Social Muhutu" durch den späteren Premierminister Grégoire Kayibanda, die im Oktober 1959 zur sich stärker an Belgien anlehnenden „Parti du Mouvement de l'Emancipation Hutu" (PARMEHUTU) umgewandelt wird.

Rwandas Entwicklung seit der Unabhängigkeit – ein Überblick

Kurz zuvor war der bisherige Tutsi-König Mutara III. gestorben und Kigeri V. ohne Billigung der Belgier zum neuen König ausgerufen worden. Dieser Coup verstärkte das Mißtrauen der Hutus. Die Gründung des auch Hutus offenstehenden „Rassemblement Démocratique Rwandaise" durch gemäßigte Tutsis, die Demokratie und ethnische Versöhnung und Ausgleich propagieren, kam viel zu spät. Anfang Oktober 1959 beginnen bürgerkriegsähnliche Kämpfe mit tausenden von Toten, in deren Verlauf es zur Massenflucht von Tutsis in die Nachbarländer kommt. Der König verläßt das Land. Im Oktober 1960 bildet Kayibinda mit belgischem Einverständnis eine „Provisorische Regierung", im Januar 1961 wird die Republik ausgerufen (im September des Jahres stimmen in einem Referendum 80 Prozent der Bevölkerung für die Abschaffung der Monarchie), am 1. Juli 1962 wird Rwanda unabhängig.

UN-kontrollierte Wahlen im September 1961 hatte die PARMEHUTU zuvor mit 79,5 Prozent der Stimmen gewonnen, vermutlich (genauere Informationen liegen uns nicht vor) weitere rund 10 Prozent dürfte die im Süden des Landes verankerte Hutu-Partei APROSOMA erhalten haben, die zuvor schon im „Provisorischen Parlament" aller Hutu-Gemeinderäte und -Bürgermeister 9 Prozent der Sitze eingenommen hatte. Daß unter den Hutus durchaus divergierende Interessen bestanden, zeigte sich auch daran, daß nach der Unabhängigkeitserklärung einigen Hutu-Gebieten im Norden Rwandas die Beibehaltung weitgehender innerer Autonomie zugesichert wurde.

Von Zaire und Uganda aus kommt es in der folgenden Zeit zu Invasionsversuchen bewaffneter Armeen der Tutsis, die aber abgewehrt werden können, und in deren Folge es zur Ermordung von weiteren tausenden Tutsis innerhalb Rwandas kommt. 1964 werden die Tutsi-Parteien verboten. 1972 kommt es im benachbarten Burundi, das weiterhin von den sich auch dort mit rund 14 Prozent Bevölkerungsanteil in der Minderheit befindlichen Tutsis beherrscht wird, zu einem Hutu-Aufstand, der zunächst rund 2.000 Tutsis das Leben kostet. Als Reaktion darauf richten die herrschenden Tutsis ein völkermordähnliches Blutbad an, bei dem 100.000 bis 200.000 Hutus getötet werden. „Zu diesem Zeitpunkt war fast jeder gebildete Hutu (aus Burundi, Anm. ak) entweder tot oder im Exil." (der einblick, 3/93) Im Anschluß daran setzt in Rwanda Anfang 1973 eine neue Terrorwelle gegen Tutsis ein, in deren Verlauf unter anderem alle Tutsis von den Universitäten vertrieben und rund 5.000 Häuser von Tutsis in Brand gesteckt werden.

Nach langen Auseinandersetzungen zwischen Hutus des Nordens und den den Staat und die PARMEHUTU dominierenden zentralen und südlichen Hutus putscht sich im Juli 1973 der aus dem Norden stammende Verteidigungsminister Juvénal Habyarimana an die Macht. Die PARMEHUTU wird verboten, der bisherige Staatspräsident Kayibinda zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslanger Haft begnadigt. (Er stirbt 1976.) 1975 wird die Gründung einer Einheitspartei bekanntgegeben, die „Mouvement Révolutionaire National pour Développement" (MRND), in der jeder rwandische Bürger qua Geburt Mitglied ist. Habyarimana genießt von Anfang an die Unterstützung der westlichen Staaten und läßt sich seit 1978 alle fünf Jahre mit 99-Prozent-Ergebnissen als Staatspräsident wiederwählen. 1978 macht sich Habyarimana außerdem zum Regierungschef und zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Ökonomische Schwierigkeiten

Die spätestens mit den 80er Jahren einsetzende rapide Verschlechterung der ökonomischen Situation für die meisten Trikont-Staaten spart Rwanda nicht aus. Hauptexportprodukt Rwandas ist Kaffee mit einem Wertanteil von über 60 Prozent, gefolgt von Tee mit einem Anteil von knapp 20 Prozent. Somit wurde auch Rwanda vom Verfall der Kaffee-Preise voll erfaßt. 1990 hatten Rwandas Auslandsschulden 1 Mrd. US-Dollar erreicht – bei einem Bruttosozialprodukt von ca. 1,9 Mrd. US-Dollar. Auf Drängen des Internationalen Währungsfonds muß Rwanda im selben Jahr seine Währung um 40 Prozent abwerten (eine weitere Abwertung um 15 Prozent findet 1992 statt), die Preise für Grundnahrungsmittel werden um rund 30 Prozent erhöht, während die Kaffeebauern 20 Prozent niedrigere Verkaufspreise hinnehmen müssen. Als „Ausgleich" für diese Maßnahmen gewährt der IWF Rwanda 1991 einen dreijährigen Strukturanpassungskredit von 41 Millionen Dollar.

Im Durchschnitt wuchs Rwandas Bruttosozialprodukt von 1980 bis 1991 jährlich um real gerade noch 0,5 Prozent, was bei einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von jährlich 3,3 Prozent im selben Zeitraum zum Sinken des Pro-Kopf-Einkommens führte. Es ist bis heute nicht gelungen, Rwanda in nennenswerter Weise zu industrialisieren: 1991 arbeiteten 93 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft, nur 3 Prozent in der Industrie (im wesentlichen Fabrikation von Decken, Plastikschuhen, Zigaretten, Bier und Limonade). Die ausgebliebene Industrialisierung führt in dem dichtbesiedelten Land zu politisch fatalen Konsequenzen: So heißt es in einer Erklärung des Zentralkomitees der Staatspartei MRND vom 27. Juli 1986, Rwanda könne sich angesichts des demographischen Drucks nicht erlauben, Flüchtlinge, die früher das Land verlassen hätten, in größerer Zahl wieder aufzunehmen. Das Land sei – sinngemäß – „voll". Das zielte direkt auf die aus Rwanda vertriebenen Tutsis, die zu Hunderttausenden als Flüchtlinge vor allem in Uganda, Tansania und Zaire leben.

Nur am Rande sei erwähnt, daß es 1990 beim Besuch des Papstes Johannes Paul II. in dem mehrheitlich katholischen Rwanda zu einem Eklat kam, als der Informationsminister offen Kritik an der kompromißlosen Haltung der katholischen Kirche in den Fragen von Geburtenkontrolle und AIDS-Verhütung übt.

Wachsende innenpolitische Differenzen

Die ungelösten ökonomischen Probleme Rwandas sowie der diese noch erheblich verschärfende, im Oktober 1990 offen ausbrechende Krieg mit der von Tutsis dominierten „Front Patriotique Rwandais" (FPR; siehe unten) engen den innen- und außenpolitischen Spielraum von Diktator Habyarimana und der Einheitspartei MRND erheblich ein. Sich verdreifachende Militärausgaben führen dazu, daß Rwanda seinen Staatshaushalt 1991 zu rund 75 Prozent mit ausländischen Krediten finanziert (1990: 60 Prozent). Diese allerdings werden, wie schon in der Vergangenheit, gewährt: von den USA, von Frankreich und sehr kontinuierlich auch von der BRD.

Bedingung ist ab 1990 freilich, daß Habyarimana und die MRND sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch den veränderten Anforderungen des Westens fügen. Bei einem Besuch in Frankreich, dem wichtigsten Kreditgeber Rwandas, im Juni 1990 argumentiert Habyarimana noch, daß Demokratie nicht gleichbedeutend sei mit der Existenz eines nur die Stammeskämpfe fördernden Mehrparteiensystems. Eine Demokratisierung Rwandas, so der rwandische Präsident gegenüber entsprechenden Forderungen des französischen Staatspräsidenten Mitterand, sei nicht nötig, da innerhalb der MRND „innere Demokratie" praktiziert werde. Doch nur einen Monat später kündet Habyarimana überraschend eine erste wichtige Verfassungsänderung an: Staat und Partei sollen getrennt werden.

Im November 1990 verspricht Habyarimana in einer Parlamentsrede dann die baldige Demokratisierung des Landes und die verfassungsmäßige Verankerung eines Mehrparteiensystems. Eine entsprechende Änderung der Verfassung tritt im Juni 1991 in Kraft. Einen Monat später stellen sich mehrere neue Parteien in der Öffentlichkeit vor, unter anderem die „Mouvement Démocrate Républicain" (MDR, hervorgegangen aus der 1973 verbotenen ehemaligen Regierungspartei MDR-PARMEHUTU), die „Parti Social Démocrate" (PSD) und die „Parti Libéral" (PL), die programmatisch allesamt für Demokratisierung, wirtschaftliche Liberalisierung sowie ethnischen Ausgleich eintreten und sich kurz nach ihrer Gründung in einem Bündnis zusammenschließen, das alsbald zum wichtigsten innenpolitischen Gegenspieler des Habyarimana-Regimes wird. Im weiteren Verlauf des Jahres gründen sich noch weitere Parteien, unter anderem eine sozialistische, eine ökologische und eine islamische Partei.

Unterdessen hat sich die innenpolitische Situation zugespitzt. Mit dem Beginn des Krieges gegen die FPR kommt es gehäuft zu Pogromen gegen Angehörige der Tutsi-Minderheit, so im Januar 1991 in Nordwest-Rwanda, als rund 1.300 Menschen örtlichen Milizen zum Opfer fallen, oder im März 1992 als im Südosten Rwandas mindestens 300 Tutsis erschla-

gen und fast 10.000 obdachlos werden, weil ihre Häuser zerstört wurden. Zugleich werden immer häufiger oppositionelle Hutus durch Todesschwadronen getötet oder unter der Anschuldigung, Kontakt mit der FPR zu haben, verhaftet, gefoltert und teilweise zum Tode verurteilt. Etliche Personen verschwinden in Militärlagern. Besonders betroffen sind Journalisten, ungeachtet eines neuen Pressegesetzes, das die Presse als grundsätzlich frei erklärt. Bis Anfang 1993 wird die Zahl der auf diese Weise beseitigten Menschen auf rund 2.000 geschätzt. (NZZ, 10.3.93) Parallel dazu verschlechtert sich die Versorgungslage der Bevölkerung, einzelne Teile des Landes werden zu Hungergebieten.

Unter diesen Bedingungen orientiert die Opposition zunächst auf eine „Nationale Konferenz“ und organisiert einige Großdemonstrationen. Habyarimana hingegen beruft seinen bisherigen Justizminister in das neugeschaffene Amt des Premierministers. Dieser stellt am Jahresende 1991 eine „Übergangsregierung“ vor, in der 15 von 17 Ministerposten durch die bisherige Einheitspartei (diese nennt sich inzwischen MRNDD: das hinzugekommene D steht für Démocratie) besetzt sind. Das Oppositionsbündnis erkennt diese Regierung nicht an und fordert nun eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Führung eines der Opposition angehörenden Ministerpräsidenten. Zugleich fordert die Opposition direkte Verhandlungen mit der FPR.

Habyarimana sieht sich offensichtlich nicht mehr in der Lage, eine Regierungsbeteiligung der Opposition zu verhindern, und so kommt es im April 1992 zur Bildung einer Regierung unter Premierminister Nsengiyaremye aus der MDR. Nur noch neun von 19 Ministern gehören der MRNDD an, darunter allerdings die Ressorts für Inneres und Verteidigung.

Der Kampf der FPR

Die „Front Patriotique Rwandais“ (FPR) ging im Dezember 1987 aus der „Rwandese Alliance for National Unity“ hervor, die ihrerseits 1979 von rwandischen Exil-Tutsis in Kenia, wo Kigeri V. lebte, gegründet wurde. Die FPR rekrutierte sich zunächst aus Tutsi-Flüchtlingen aus Uganda.

Die FPR ist aufs engste mit der ugandischen Regierung unter Yoweri Museveni liiert, der Anfang 1986 mit der Guerillabewegung „National Resistance Army“ (NRA) das terroristische Regime von Milton Obote gestürzt hatte. Museveni hatte sich Anfang der 70er Jahre einige Zeit auf seiten der mosambikanischen FRELIMO am Kampf gegen die portugiesische Kolonialarmee beteiligt und war 1978/79 mit von ihm geführten Einheiten maßgeblich am Sturz des ugandischen Diktators Idi Amin beteiligt, um danach freilich von Obote ausgebootet zu werden. Am letztendlich siegreichen Kampf gegen Obote waren rwandische Exil-Tutsis an führender Stelle beteiligt: FPR-Führer Fred Rwigyema, der sich ebenfalls in Mosambik aufgehalten hatte, hatte zuletzt den Rang eines Generalmajors der ugandischen Armee und war von April bis November 1989 stellvertretender Verteidigungsminister in Uganda. (Rwigyema kam im Oktober 1990 zu Beginn der FPR-Offensive ums Leben.) Sein Nachfolger Paul Kagame war zeitweise stellvertretender Leiter des Nachrichtendienstes der ugandischen Armee. Die Soldaten der FPR waren ehemals Mitglieder der ugandischen Armee, aus der sie dann angeblich „desertiert“ waren.

Ohne daß Uganda jemals die FPR offiziell unterstützt hätte, kann die FPR von Uganda aus doch völlig ungestört operieren und jederzeit, trotz offizieller Schließung der Grenze, diese ungehindert überschreiten. Am 30. September 1990 startet die FPR von Uganda aus mit mehreren tausend Mann zu ihrer ersten großen Offensive, die ihre Truppen bis in die Nähe der Hauptstadt Kigali trägt. In einem Acht-Punkte Programm begründet die FPR ihren Kampf nicht mit ethnischen Argumenten, sondern mit der „Mißwirtschaft des autoritären Regimes“ von Präsident Habyarimana. Sie verspricht „freie und gerechte Wahlen“, eine Verbesserung des Sozialsystems und die bedingungslose Repatriierung aller Exil-Rwander. Die FPR verweist zugleich darauf, daß sich ihrer Organisation auch Angehörige der Hutu angeschlossen hätten. Im Dezember 1990 wird Alexis Kanyarengwe, ein Hutu, als Nachfolger von Rwigyema Vorsitzender der FPR, der dieses Amt bis heute innehat. Kanyarengwe war in den 70er Jahre Innenminister in Rwanda gewesen und 1980 nach einem mißglückten Putschversuch gegen Habyarimana nach Tansania geflohen.

Massive Einmischung Frankreichs

Dem ersten großen Angriff der FPR begegnete das Habyarimana-Regime, außer mit einer militärischen Gegenoffensive, mit zweierlei Maßnahmen. Zum einen überzieht eine Verhaftungswelle das Land, in deren Verlauf rund 8.000 Personen, meist Tutsis, aber auch Hutus, als angebliche Kollaborateure der FPR festgenommen werden. Es kommt zu Massenhinrichtungen. „Amnesty International“ wirft anläßlich dessen Habyarimana vor, mit extremer Härte gegen seine innenpolitischen Gegner vorzugehen. Zum anderen werden Belgien und Frankreich offiziell um Militärhilfe gebeten, die auch prompt unter dem Vorwand durchgeführt wird, die in Rwanda lebenden belgischen bzw. französischen Staatsbürger schützen zu müssen. Belgien schickt 600 Soldaten, Frankreich 300 Fallschirmjäger. Zusätzlich entsendet Zaire 1.000 Soldaten.

Noch während die Kämpfe in vollem Gange sind, erläßt Frankreich Rwanda Schulden in Höhe von rund 100 Millionen Dollar. Belgiens Außenminister besucht im März 1991 Kigali und sagt Habyarimana in Anerkennung seiner „mutigen und verantwortungsvollen“ Entscheidungen während der militärischen Auseinandersetzungen weitere Unterstützung zu. Diese wird in Form einer Erhöhung der belgischen Militärhilfe von 30 auf 50 Millionen belgische Francs gewährt. Einen Monat später ist der rwandische Diktator dann Gast des französischen Staatschefs Mitterand. Frankreich beläßt 150 Fallschirmjäger in Rwanda und entsendet zusätzlich 40 Militärberater. Später werden die französischen Truppen auf 600 Mann erhöht, darunter „Geheimdienstleute und Instruktoren“ (NZZ, 20.5.94). Die französischen Zuwendungen an die rwandische Armee betragen allein 1993 12 Millionen Francs. „Zum Ausgleich“ beschuldigt Frankreich Uganda, die FPR mit Waffen zu versorgen.

Rwandas demokratische Opposition verliert den Kampf

Die FPR ist Ende des Jahres 1990 keinesfalls geschlagen. Im Gegenteil: Nach ihrem Rückzug auf kleinere besetzt gehaltene Gebiete im Norden Rwandas hat sich ihr Umfang offenbar auf 10.000 Mann erhöht. Sie ist in den folgenden Jahren zu ständigen militärischen Operationen in der Lage und startet im Februar 1993 eine neuerliche große Offensive mit dem politischen Ziel, Habyarimana zu zwingen, ein zuvor am 9. Januar 1993 geschlossenes Abkommen auch einzuhalten. Während Habyarimana sich nämlich der Unterstützung der westlichen Staaten sicher sein konnte, versuchte die demokratische Opposition ihn und sein Regime, im, wie sich heute rückblickend feststellen läßt, (vergeblichen) Wettlauf mit der Zeit, zu Verhandlungen und zu substantiellen Vereinbarungen mit der FPR zu zwingen. Tatsächlich gelang es, wie eben schon erwähnt, am 9. Januar 1993 in Arusha (Tansania), ein (Friedens-)Abkommen zwischen der Regierung Rwandas und der FPR zu unterzeichnen. Dieses sah nicht nur die Einstellung der Kämpfe vor, sondern enthielt eine detaillierte Vereinbarung über die zukünftige Zusammensetzung von Parlament und Regierung unter Einschluß der bisherigen Regierungsparteien *und* der FPR.

Die MRNDD lehnte dieses Abkommen unverzüglich ab, unter anderem mit der Begründung, daß sich damit ihre Rolle auf die eines „bloßen Beobachters“ reduzieren würde. Staatspräsident Habyarimana unterzeichnete keines der in Arusha ausgehandelten Dokumente, wie er schon ein im Juli 1992 zwischen Regierung und FPR ausgehandeltes Waffenstillstandsabkommen nicht abgezeichnet hatte. Statt dessen „gaben sich Extremisten des präsidialen Umfelds neuen Massakern hin, denen keineswegs nur Angehörige der Tutsi-Minderheit, sondern auch oppositionelle Hutus zum Opfer fielen. Bilanz: rund 300 Tote. Die Folge: die neue Offensive des FPR.“ (NZZ, 10.3.92)

Die FPR-Offensive hatte zur Folge, daß sich, wie bei den gegenwärtigen Kämpfen, hunderttausende von Hutus auf die Flucht begaben, offenbar in Erwartung von Massakern seitens der FPR. Nördlich von Kigali bauten französische und rwandische Truppen gemeinsam Sperren auf, um die Flüchtlinge vom Marsch in die Hauptstadt abzuhalten. Die FPR verzichtete jedoch darauf, die militärische Entscheidung zu suchen, und zog sich ein weiteres Mal zurück.

Frankreich wurde danach offenbar der Boden unter den Füßen zu heiß. Im UN-Sicherheitsrat setzte es zwar eine eindeutig gegen die FPR gerichtete Resolution (von freilich geringem praktischem Wert) durch: Der Sicherheitsrat beschließt im Juni die Einrichtung einer Beobachtermission an der rwandisch-ugandischen Grenze, die dafür sorgen soll, daß keine Waffen von Uganda nach Rwanda geliefert werden. Gleichzeitig aber kündigt Frankreich an, seine Truppen aus Rwanda zurückzuziehen, was im Dezember 1993 dann auch geschieht.

Zur kommenden Katastrophe trägt im Sommer 1993 sicher auch bei, daß Rwandas Oppositionsparteien nicht nur nicht die Kraft finden, sich gegen Habyarimana und die mächtigen faschistisch-rassistischen Kräfte in seinem Umfeld durchzusetzen, sondern daß sie sich über die Frage des Verhältnisses zu Habyarimana einerseits, zur FPR andererseits faktisch spalten. Angesichts fehlender Informationen kann nur spekuliert werden, welcher der möglichen Gründe den Ausschlag gab, daß der offenbar größere Teil der Opposition auf die Zusammenarbeit mit Habyarimana setzte: War es eine Kapitulation vor dem schon erwähnten Terror, den das Regime gegen innenpolitische Kritiker in großem Ausmaß praktizierte? Oder gab es das Kalkül, Habyarimana womöglich mit Hilfe von Druck aus dem Ausland von seinen terroristischen Verbündeten zu trennen (daß hier offensichtlich Widersprüche existierten, beweist ja geradezu schlagend das den Beginn des Völkermords markierende Attentat auf Habyarimana)? Oder war es letztlich der Unwille, der FPR größeren politischen Einfluß einzuräumen? Jedenfalls verlor Ministerpräsident Nsengiyaremye den Rückhalt in der Koalition und mußte zurücktreten, als er Staatspräsident Habyarimana im Juli 1993 zum wiederholten Male angriff und ihn beschuldigte, er revidiere die Friedensvereinbarungen und wolle ein Kriegskabinett installieren. Sein Nachfolger Faustin Twagiramungu, ebenfalls aus der MDR, wird unter Verweis auf seine Verhandlungen mit der FPR auf einem außerordentlichen Parteikongreß am 24. Juli 1993 aufgefordert, sein Amt nicht anzutreten. Er lehnte dies ab und wurde daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Später übernimmt Agathe Uwilingiyimana (ebenfalls MDR) diesen Posten, wobei ihr dasselbe wie ihrem Vorgänger widerfährt. Andererseits konnten sich offenbar beide auf ausreichenden Rückhalt im Kabinett stützen, der offenbar auch einige Minister der MRNDD mit einschloß.

Trotz des wachsenden Widerstandes gelingt es den auf eine politische Lösung setzenden Kräften am 4. August 1993, wiederum in Arusha, ein noch verbessertes Abkommen mit der FPR abzuschließen. Danach soll die FPR nicht nur an der Regierung beteiligt und demokratische Wahlen vorbereitet werden. Darüber hinaus wurde die Rückkehr von 500.000 Flüchtlingen vereinbart (praktisch ausschließlich Tutsis) und der FPR die Stationierung von 600 Soldaten in der Hauptstadt Kigali zum Schutz der künftigen FPR-Minister und -Abgeordneten zugestanden! Des weiteren werden vorbereitende Maßnahmen zur Durchführung demokratischer Wahlen und die Reorganisierung der Armee unter Beteiligung der FPR vereinbart. Habyarimana indessen ratifiziert erneut keine der Abmachungen. Trotzdem kommt es zur Stationierung der FPR-Einheit in der Hauptstadt. Ergänzend beschließt die UNO im Oktober die Entsendung eines 2.500 Mann starken Kontingents zur Überwachung des „Friedensprozesses“.

Die Vorbereitung des faschistischen Putsches

Spätestens mit dem Einzug der FPR-Einheit nach Kigali im Dezember dürfte für die hinter und neben Habyarimana stehenden Kräfte das Maß voll gewesen sein. Der ehemalige Diktator ist dabei von manchen dieser Kräfte offenbar zunehmend als Sicherheitsrisiko betrachtet worden, da er den Fortschritten bei der Demokratisierung und den Verhandlungen mit der FPR

eher passiven als aktiven Widerstand entgegensetzte.

Das politische Zentrum der faschistischen Hutu-Kräfte stellte die MRNDD-Abspaltung „Coalition pour la Défense de la République“ (CDR) dar. Sie verbreitete über den von der MRNDD kontrollierten Radiosender „Les Milles Collines“ über Monate hinweg Berichte von angeblichen durch Tutsis an Hutus verübten Verbrechen und rief zugleich die Hutus in Burundi zum Aufstand gegen das Tutsi-Militär auf. Militärisches Zentrum des Putsches war die Präsidentengarde. Aus ihren Reihen wurden vermutlich die Raketen abgefeuert, die am 6. April das Flugzeug vom Himmel holten, in dem Präsident Habyarimana mit dem burundischen Präsidenten Ntaryamira saß, als beide von Verhandlungen in Tansania zurückkehrten, bei denen es ein erneutes Mal um die Beteiligung der FPR am politischen Leben Rwandas gegangen war. Die Präsidentengarde war es auch, die im unmittelbaren Anschluß an den Flugzeugabschuß mit Hilfe von vorbereiteten Listen (deren Existenz im übrigen seit Monaten bekannt war) daran ging, die auf Verständigung mit der FPR setzenden Hutu-Politiker und -Politikerinnen zu liquidieren. Eines ihrer ersten Opfer waren dabei Ministerpräsidentin Uwilingiyimana sowie drei ihrer Minister.

Von der Präsidentengarde bzw. vom Verteidigungsministerium aufgebaut, trainiert und bewaffnet wurden in den letzten Monaten zudem paramilitärische Milizen. Hier handelt es sich um die Jugendmiliz der MRNDD sowie um die Miliz der CDR. Mit ihnen gelang es offensichtlich, die Massaker systematisch und flächendeckend durchzuführen. Auch hier wurden offenbar lokal vorbereitete Listen benutzt (entsprechende Augenzeugenberichte: Newsweek, 23.5.94; Süddeutsche Zeitung, 27.5.94) oder einfach auf Basis der Kenntnisse örtlicher Parteimitglieder vorgegangen.

Schließlich dürfte die rwandische Armee (FAR) an etlichen Massakern beteiligt gewesen sein bzw. diese eigenständig durchgeführt haben. Mit französischer Militärhilfe in den letzten Jahren von 5.000 auf eine Stärke von 30.000 bis 40.000 Mann angewachsen, hat sie natürlich ein existentielles Interesse an der Verhinderung einer Beteiligung der FPR an der Macht und damit auch an der Armee.

Killing Fields

Das systematische Vorgehen der faschistischen Hutu-Kräfte rechtfertigt es, von Völkermord zu sprechen. Bei 300.000, 400.000, vielleicht 500.000 oder noch mehr Niedergemetzelten, hauptsächlich Tutsis, sind je nachdem ein Drittel bis über die Hälfte der Tutsi-Bevölkerung Rwandas ermordet worden. Einmalig sind derartige unvorstellbare Verbrechen, gerade auch in der neueren Geschichte, allerdings nicht – auch nicht im Hinblick auf die Tatsache, daß jetzt in Rwanda eine so große Zahl von Menschen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums abgeschlachtet wurde. Relativ selten in der Geschichte dürfte es allerdings sein, daß zwei miteinander lebende Völker auf eine solch gewalttätige Weise ineinander verschränkt sind, daß sie sich einander wiederholt mit Pogromen und Massenmorden überziehen, wie das bei Hutus und Tutsis in Rwanda und Burundi der Fall ist.

Die Weichenstellungen und Entscheidungen, die zu solchen Katastrophen wie jetzt in Rwanda führen, lassen sich analysieren, ihre politischen und gegebenenfalls ökonomischen Ursachen und Voraussetzungen können mithin erklärt werden. Insofern ist auch aus solchen Ereignissen zu lernen, und Erklärung sollte an die Stelle von Nicht-Verstehen, Defätismus und ähnlichem treten. Was sich jedoch vielleicht noch erklären, aber im Grunde nicht mehr begreifen läßt ist, wie der Massenmord auch massenhaft „funktioniert“. In Gefangenenlagern der FPR sind Berichte von Mördern notiert worden: „Juliana Mukankwaya ist Mutter von sechs Kindern – und die Mörderin von zweien. Sie hat den Sohn und die Tochter von Menschen umgebracht, die sie seit ihrer Kindheit kannte. Letzte Woche, so berichtet die Rwandern, habe sie mit anderen Dorfbewohnern die Kinder von Leuten zusammengetrieben, die als Feinde galten. Mit großen Knüppel hätten sie dann die Jungen und Mädchen totgeschlagen. ‚Sie weinten nicht, weil sie uns kannten. Sie machten nur große Augen.‘... Tatsächlich sei den Kindern wohlgetan worden, sagt die 35jährige Frau weiter. Denn ihre Väter seien mit Macheten abgeschlachtet, ihre Mütter seien fortgebracht, vergewaltigt und anschließend getötet worden.“

„Der 74jährige Joseph Rukwavu sagte, er sei zu alt, um jemanden zu töten. Aber er habe die Ermordung aller Menschen organisiert, deren Eltern oder Großeltern Tutsis gewesen seien. Die Armee habe das Blutvergießen überwacht. ‚200 wurden in meinem Gebiet getötet, sogar meine Frau, weil sie sich Interahamwe (MRNDD-Miliz, Anm. ak) nicht anschließen wollte.‘ “ (SZ, 17.5.94)

FPR auf dem Vormarsch – UNO-Einmischung unerwünscht

Die gut ausgebildeten Truppen der FPR dringen offenbar Zug um Zug nach Süden vor, haben die Hauptstadt Kigali weitgehend erobert und inzwischen die Putschistenregierung gezwungen, nach Kigali nun auch die 40 Kilometer südlich gelegene Stadt Gitarama zu räumen. Die FPR hat es abgelehnt, diese Regierung, der auch einige Mitglieder von MDR und PL angehören, anzuerkennen und mit ihr über die politische Zukunft des Landes zu verhandeln. Die Armee wird von ihr aufgefordert, sich über den Rundfunksender „Les Milles Collines“ von der Regierung loszusagen und sodann diesen Sender zu schließen. (Über diesen Sender sollen auch Ende Mai noch verschlüsselte Aufrufe an Hutu-Milizen ergangen sein, die Massaker fortzusetzen, SZ, 27.5.94)

Die FPR lehnt eine Einmischung der UNO, außer zu rein humanitären Zwecken, strikt ab. Französische UN-Soldaten seien darüber hinaus in keiner Weise erwünscht. (SZ, 19.5.94) „Wenn UNO-Soldaten uns daran hindern sollten, das Diktatorenregime in Ruanda zu besiegen, dann werden wir auf sie schießen“, so FPR-Generalsekretär Rudasingwa. (Spiegel 22/94) Und der militärische Oberbefehlshaber der FPR, Kagame: „Der Völkermord ist geschehen. Die Menschen sind tot. Eine Intervention ausländischer Truppen zu diesem Zeitpunkt würde nur den Kriminellen helfen.“ (Frankfurter Rundschau, 9.5.94) Diese Gefahr ist allerdings sehr gering. UNO-Generalsekretär Butros Ghali ist nach seinem eigenen Eingeständnis kläglich bei dem Versuch gescheitert, ein internationales Kontingent für Rwanda zusammenzutrommeln. Doch davon abgesehen zeigt der Fall Rwanda, wie wenig die jetzt von kirchlichen Gruppen oder auch „amnesty international“ schematisch erhobene Forderung nach einem Eingreifen der UNO der konkreten Situation dort gerecht wird.

Obwohl keine Übergriffe der FPR-Truppen gegen die Zivilbevölkerung bekannt geworden sind und sie offenbar sogar dazu übergegangen sind, verhaftete Miliz-Mörder nicht sofort zu erschießen, sondern für sie Gerichtsverfahren vorzubereiten, schiebt der Vormarsch der FPR hunderttausende von Hutu-Flüchtlingen vor sich her, die offenbar befürchten, nun ihrerseits Opfer von Massakern zu werden. Das läßt die Schwierigkeiten ahnen, mit denen die FPR konfrontiert sein wird, wenn sie die Regierungsgewalt in Rwanda übernehmen wird. Selbst als Organisation, in der auch Hutus organisiert sind, wird sie doch in Zukunft im wesentlichen nur die Minderheit der Tutsis repräsentieren, deren Zahl sich überdies durch den Völkermord nun noch erheblich verringert hat. (Andererseits möchte die FPR rund 500.000 rwandische (Tutsi-)Flüchtlingen, die derzeit in Tansania, Kenia und Uganda leben, die Rückkehr in ihre frühere Heimat ermöglichen.) Die FPR, von der Programmatisches bisher kaum bekannt ist (außer daß sie sich vom früheren Tutsi-Königtum distanziert hat und dieses als feudalistisch ablehnt), propagiert deshalb ein Bündnis aller Parteien, die nicht am Völkermord beteiligt waren. Die nähere Zukunft wird zeigen, ob sich unter den Hutus nach dem jahrelangen Terror unter dem Habyarimana-Regime und den gezielten Exekutionen nach dem Putsch derzeit noch genug Kräfte finden, die in der Lage sind, funktionierende demokratische Strukturen aufzubauen.

J./Westberlin, 31.5.94



Fahrradaktionstour '94

Hüttendorf Anatopia, Papenburg, 2.7. Demo
1.- 4.7. Fest

8. - 10.7 Bremen,
9.7. Demo gegen Räumungen



11. - 13.7 Hüttendorf in Gorleben: Blockade der Castor Brennelemte Transporte

30.6. 12 Uhr: Start ab Hüttendorf gegen A 33, Dissen

22.7- ? Halle/Saale
Bau eines Hüttendorfes gegen A 82 & ICE

Start: 30. Juni 12^00 Uhr ab Hüttendorf gegen die A 33, Dissen

Infotelefon: 0171/2411385

Organisatorisches:
Bringt bitte Zelte, Campingkocher und Geschirr selber mit. wir wollen aber gemeinsam kochen usw. Wenn es sich ergibt, machen wir öfters mal ne Verkehrsblockade, denn: alles geht gegen den kapitalismus und wir sind mobil ohne Auto

Platzbesetzung Halle/S.

Eins der übelsten Projekte der deutschen Einheit ist die geplante A 82, besser bekannt als die Südharzautobahn, die in großem Maßstab, ökologisch wertvolle Regionen vernichtet und weiterhin den Kapitaltransfer zwischen den Oberzentren verbessert bzw. vom Osten in den sowieswo schon reichen Westen. Am Schnittpunkt der A 82 mit dem neuen geplanten ICE von Berlin nach Bayern, der lediglich die Bonzen noch schneller voranbringt, ist der Bau eines Hüttendorfes geplant – am Tag der Ankunft der Aktionstour'94

Hüttendorf Gorleben

Ab dem 2. Juli wird in Gorleben ein Hüttendorf gebaut um den Transport der Castorbehälter mit abgebrannten hochradioaktiven Brennelementen zu verhindern. Erwartet werden die Transporte am 11. oder am 13 Juli entwederaus Biblis A oder aus Phillipsburg. Die Aktionstour'94 wird sich während der Radelpause in Gorleben im Blockieren betätigen.

Visdp, Hüttendorf Dissen,
Kontaktadresse: Hüttendorf gegen A33, c/o K.P. Jaranowski, An der Bundesstraße 19, 33892 Borgholzhausen.

Erstmalig Prozeß gegen Antifaschisten in Magdeburg

In Magdeburg sollte am Donnerstag, dem 16.Juni 1994 erstmalig ein Prozeß gegen aktive Antifaschisten eröffnet werden. Die beiden werden beschuldigt, eine ungenehmigte Demonstration vorbereitet und durchgeführt sowie durch Rufen antifaschistischer Parolen "die Menschenwürde anderer verletzt zu haben".

Grund für die Anklage war die Teilnahme an einer antirassistischen Demonstration im November 1992 anläßlich der Morde in Mölln und an Silvio Meier in Berlin. Damals gingen ca. 300 AntifaschistInnen gegen faschistischen Terror auf die Straße. Die Demonstration verlief jedoch bis zum Ende hin friedlich und ohne Festnahmen.



Antirassistische Demonstration am 26.11. 1992 in Magdeburg anläßlich der Morde in Mölln und Berlin.

Einige Wochen nach der Demonstration erhielten zwei Jugendliche Vorladungen, wobei einer der beiden an der Demonstration nicht einmal teilgenommen hatte. In den wiederum einige Zeit später verschickten Anklageschriften werden die beiden dann der oben genannten "Taten" beschuldigt. Als Zeugen werden 4 Polizisten genannt, von denen einer der Chef des Polizeireviers Mitte ist und zwei andere bei der politischen Abteilung der Kriminalpolizei (7.Fachkommissariat) arbeiten.

Mit dem auch juristisch recht fragwürdigen Verfahren versucht die Magdeburger Polizei, AntifaschistInnen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Diese Tendenz ist schon länger zu beobachten. So fragen Beamte des 7.Fachkommissariats in Jugendeinrichtungen nach AntifaschistInnen und Antifa-Gruppen und erzählten bei Vernehmungen Horrorgeschichten über die "gewalttätigste Jugendvereinigung in Magdeburg" - als hätte es keinen Mord an Torsten Lamprecht und kein "Herrentags-Pogrom" gegeben.



Bei einer Demo gegen die REPs riefen Polizisten den Namen eines Antifaschisten über Lautsprecher aus.

Bei den zahlreichen Einschüchterungsversuchen scheint den Beamten schon fast jedes Mittel recht. So wurde der Name des einen Angeklagten vom schon erwähnten Leiter der PR Mitte sogar bei einer Demonstration über Lautsprecher ausgerufen - verbunden mit der Aufforderung, "er solle seine Leute zurückhalten". Den Namen, die Adresse und die von den Beamten angenommene "Funktion" ("Vorsitzender der Antifa") des Antifaschisten wurden dann auch ohne weiteres an eine Frau weitergegeben, deren Auto bei der Demonstration beschädigt worden war.

Auch die Ermittlungsarbeit scheint den Magdeburger Beamten vielmehr Spaß zu machen, wenn es um die "Antifa" geht. So suchten sie nach einem Angriff auf Faschisten im Magdeburger Stadtteil Stadtfeld vermeintliche ZeugInnen in ihren Wohnungen auf, damit sie AntifaschistInnen identifizieren. Die Faschisten schienen ihnen relativ egal zu sein - hatten sie doch "nur" vor dem Angriff der AntifaschistInnen Hakenkreuze gesprüht und Menschen bedroht...

Ermittelt wird auch - auf Drängen der Magdeburger Reps - gegen eine Sprecherin der Antifaschistischen Gruppe BANDIERA ROSSA, die die Reps als faschistische Organisation charakterisiert hatte. Ein Beamter des "FK 7" versuchte sogar bei der PDS, Informationen über die Antifaschistin einzuholen.



Bei einer Aktion werden die REPs als Faschisten bezeichnet - die Polizei ermittelt gegen BANDIERA ROSSA.

Vor diesem Hintergrund muß dieser Prozeß als erster Versuch gewertet werden, AntifaschistInnen mit juristischen Mitteln von ihrem Engagement abzuhalten. Daher führte die Antifaschistische Gruppe BANDIERA ROSSA am Vortag in der Innenstadt einen Infostand und eine Flugblattaktion durch, womit auf den Prozeß hingewiesen werden sollte. Für den 16.Juni rief BANDIERA ROSSA zu einer Solidaritätsaktion vor dem Jugendgericht auf, zu der jedoch wegen der Kurzfristigkeit des Aufrufs und der ungünstigen Zeit nur 10-15 Leute kamen. Da jedoch vorher MedienvertreterInnen angesprochen und Presseerklärungen an verschiedene Redaktionen gefaxt wurden, war das Medien-Interesse überraschend groß. So erschienen in der (einzigen) Magdeburger Zeitung "Volksstimme" ein Artikel, der weitgehend auf die Presseerklärung zurückgriff. Auch



Anklage weg

TH MANZ

Polizei und der Justiz ... des öfteren Sehschwie... auf dem rechten Auge ... Links jedoch sehen ... worfen. ... ausgesprochen gut. ... 26. November 1992 woll... antifaschistisch engagierte ... endliche in Magdeburg aus ... Anlaß (Brandan... in Mölln, Tod des Berli... Silvio Meier) demonstrie... Die Demonstration war ... nicht angemeldet. Ein Mitglied ... von Bündnis 90/Die Grünen erklärte sich gegenüber Polizisten bereit, die Demonstrierenden zu begleiten. Alles blieb fried... wurden jedoch Sprüche ... -Wider-

... wurde ein Strafverfa... Gang gesetzt, und zwar zwei junge Magdebur... und 23), die als Leiter d... gemeldeten Demonstra... Gegen sie erhob de... anwalt Anklage – weg... verhetzung. Eine „har...

GERICHTSBE...

...ge", wenn man no... denkt, daß bis vor ... einmal die ... Auschwitzlüge als ... zung bestraft wu... zu erst einer Ge... bedurfte, ... nach Gestern ... vor dem Magde... Haupt...

Ausriß aus dem "Gerichtsbericht" der Magdeburger Zeitung "Volksstimme" vom 17.Juni 1994

die "Junge Welt" und Radio SAW berichteten relativ ausführlich über den Prozeß. Das ist umso erstaunlicher, da die Hauptverhandlung an diesem Tag noch nicht einmal eröffnet werden konnte - der einzige für den Prozeß bestimmte Zeuge war im Urlaub und die Staatsanwaltschaft besaß weder politisches "Taktgefühl" noch ausreichenden juristischen Instinkt, um der auch vom Richter favorisierten Einstellung des Verfahrens zuzustimmen.

Unsere Forderungen bleiben :

KEINE KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTINNEN !

EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN !

BANDIERA ROSSA
Antifaschistische Gruppe

Informationen zum Prozeß und Kontakt über Postanschrift :

BANDIERA ROSSA c/o JWP
Immermann-Straße 30
39108 Magdeburg

DIE DEUTSCHE REGIERUNG FÜHRT KRIEG - KRIEG GEGEN DAS KURDISCHE VOLK

GSG 9 Überfall auf den Kurdischen Kulturverein in Saarbrücken

Am Samstag, den 28. 05. 1994 gegen 10 Uhr, wurde auf Anordnung der Bundesanwaltschaft von einem ca 200 - köpfigen Polizeiaufgebot (GSG 9, BKA und LKA) in Saarbrücken die Alte Feuerwache militärisch abgeriegelt und gestürmt. Die Alte Feuerwache ist ein Haus für kulturell, sozial und politisch engagierte Gruppen. Alle sich im Haus befindlichen Personen wurden gefesselt und mit gezogenen Waffen bedroht. An diesem Vormittag sollte eine politische Versammlung von Kurdinnen und Kurden im Haus stattfinden. Die, nach Polizeikriterien, "nicht-deutsch" aussehenden Frauen und Männer (62 Personen), die sich in den Räumen des Kurdischen Kulturvereins oder im Umkreis des Hauses aufhielten, wurden unter Mißhandlungen festgenommen und in die Polizeikaserne in der Mainzer Straße verschleppt. Die verwaisten Räume boten nach diesem Terrorüberfall ein Bild der Zerstörung: Türen samt Rahmen waren zum Teil aus der Wand gerissen, Mobiliar zertrümmert und wahllos Geschirr und Schriftmaterial am Boden verstreut. Zurück blieben 4 Menschen mit deutschem Pass. Begründung des Einsatzleiters vom BKA vor Ort für den Überfall: "Es wird ein Kurde mit Haftbefehl gesucht".

Noch am selben Tag traf der Vorstand des "Vereins Alter Feuerdrachen" (Organ der Selbstverwaltung der Alten Feuerwache) zusammen, verfaßte eine Protestresolution und lud zur Pressekonferenz ein. Während einzelne Rundfunk - und Fernsehjournalisten bereits vor Ort waren, gab es insbesondere von den schreibenden MedienvertreterInnen keine Resonanz auf die Einladung. In ersten Meldungen verbreiteten die Presseagenturen, daß ein "Treffen von PKK-Funktionären aufgelöst" worden sei. Informiert durch diese Meldungen bzw durch Anrufe kamen im Laufe des Nachmittags zahlreiche Menschen in die Alte Feuerwache, um ihre Solidarität mit dem Kurdischen Kulturverein zum Ausdruck zu bringen. Das *Antifaschistische/Antirassistische Notruftelefon Saar* verfaßte ein kurzes Flugblatt als erste breitere Information, die *Aktion 3. Welt Saar* protestierte in Form einer Resolution. Spontan wurde entschieden, noch am selben Abend unseren Protest in Form einer Demons-tration, gemeinsam mit unseren kurdischen Freundinnen und Freunden auf die Straße zu tragen.

300 bis 400 Menschen zogen um 20 Uhr mit Transparenten und Parolen gegen die türkische und deutsche Regierung und deren Krieg gegen das kurdische Volk durch die Stadt Richtung Polizeikaserne. Mittlerweile waren die ersten gefangenen Kurdinnen und Kurden freigekommen. Als die Demonstration vor der Polizeikaserne ankam, verständigten wir uns, solange davor zu bleiben, bis alle Gefangenen draußen sind. Das hieß, daß solange die Mainzer Straße für den Verkehr gesperrt blieb. Die Polizei vor Ort hielt sich zurück, bis auf ein paar Uniformierte blieben ihre Truppen in der Kaserne.

Einige der bereits freigelassenen Kurden und Kurdinnen erzählten uns, daß es bei dem Überfall der GSG 9 Verletzte unter ihnen gegeben hatte. Ein Kurde war mit einer schweren Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht worden, um nach ärztlicher Versorgung wieder in die Polizeikaserne verschleppt zu werden. Dort wurden die Gefangenen in drei Gruppen getrennt, mußten die ganze Zeit ihrer Gefangennahme stehen und bekamen über einen Zeitraum von fast 10 Stunden weder Essen noch Getränke. Alle Festgenommenen wurden erkennungsdienstlich behandelt sowie in kleinen Gruppen vor eine Spiegelwand geführt, bei der nicht zu erkennen war, wer sich dahinter



Foto: R. Röder

Demo Saarbrücken 28.Mai 94

aufhielt. Sie vermuteten eine verdeckte Gegenüberstellung. Zu keinem Zeitpunkt wurde ihnen eröffnet, was der Hintergrund dieser Maßnahmen sein sollte. Bis auf eine Frau wurden sie alle wieder freigelassen. Während die Medien immer noch von einem "Schlag gegen die PKK" berichteten, wurde die "In Gewahrsamnahme" der Kurdin damit begründet, daß ihr 'Status' nicht geklärt sei. Es sei nicht überprüfbar, ob die Frau, die aus Belgien eingereist war, dort als Flüchtling anerkannt ist.

Unsere Forderung, die Kurdin freizulassen, wurde ignoriert. Vielmehr änderte sich die Haltung der Polizei in dem Maß, wie ihnen klar wurde, daß wir nicht ohne weiteres die Straße freimachen würden. Die anfänglich scheinbare Toleranz gegenüber unserem Protest schlug in der Nacht um: ab 3 Uhr wurde uns ein fünfminütiges Ultimatum gestellt, die Straße zu räumen. Inzwischen zeigten sie auch verstärkte Präsenz vor der Kaserne und bereiteten die Räumung der Straßenblockade vor.

Am Mittwoch protestierten kurdische Frauen und Kinder vor dem saarländischen Landtag sowie bei der örtlichen Presse, die die Tage zuvor versucht hatte, dem Überfall eine nachträgliche Scheinlegitimation zu verschaffen. Eine Schlagzeile der *Saarbrücker Zeitung* lautete entsprechend "Sorge wegen möglicher PKK-Gegenaktionen" und im selben Artikel sprach der Scharfmacher des saarländischen Innenministeriums, Richard Dewes, davon, daß "eine Revanche der PKK" nicht auszuschließen sei.

Mittlerweile war offenkundig geworden, daß die Festnahme und Gefangenschaft der Kurdin allein über ein bürokratisches Konstrukt begründet wurde: ihre Anerkennung als Asylbewerberin in Belgien war noch nicht in ihren Papieren vermerkt. Die Frau ist seitdem in Abschiebehaft in der JVA Zweibrücken.

Die offizielle Begründung für den GSG 9 Überfall ist "wie ein Kartenhaus zusammengefallen" bemerkte die *Aktion 3. Welt Saar* und über die DKP bis in die Reihen der JUSOs gab es Protestadressen gegen diesen staatlichen Terror.



Kurdistan-Demo in Bonn 12 März 94

Die Entscheidung der Kurdinnen und Kurden daraufhin war die, daß eine Blockade der Straße ohne weitere Wirkung bleiben würde - angesichts der fortgeschrittenen Zeit - was auch unserer Einschätzung entsprach. Daraufhin wurde über Megaphon die Entwicklung und der Stand der Ereignisse erzählt und dazu aufgefordert, am gleichen Morgen zum Haftprüfungstermin der Kurdin zu kommen. Demonstration und Blockade wurden mit einer Schweigeminute für die Gefallenen des kurdischen Befreiungskampfes gegen 3.30 Uhr aufgelöst.

Am Sonntag haben sich nochmals 100 Menschen vor der Polizeikaserne versammelt, mit der Forderung nach Freilassung der Kurdin.

Für Samstag, den 11. 06. ruft der Feuerdrachen e.V. zu einer Protestdemonstration auf, um politischen Druck auf die Straße zu bringen.

Die Rechnung von Bundesinnenminister Kanther, mittels Gewalt einen "gesellschaftlichen Konsens" zur Kriegsführung gegen die Kurdinnen und Kurden zu erzwingen, darf nicht aufgehen. Vielmehr müssen neue Risse, wie beispiels-weise die Forderung des Vorstands des Katholikenrats des Bistums Trier nach einem generellen Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge, zu politischem Handeln führen.

Die Antifa-Nachrichten erscheinen zweimonatlich und sind über folgende Adresse für 3 DM zu beziehen: Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 611111 Saarbrücken. Jeden 3. Montag, von 19Uhr - 21Uhr, ist offenes Redaktionstreffen im 2. Stock, Raum 12a.

ES FING GANZ HARMLOS MIT EINEM KLAPPERGERÄUSCH AN DER RÜCKBANKVERRIEGELUNG AN ...

Unser Wunsch nach einfachen Lösungen

Die Geschichte außerparlamentarischer Opposition in der

BRD seit 1968 ist immer auch verknüpft gewesen mit der Frage

der Anwendung von Gewalt.

Gerade Autonome Gruppen haben immer die Notwendigkeit und Legitimität von Angriffen auf Sachen und Personen unterstrichen.Der Versuch, Großprojekte der HERRschenden wie die WAA Wackersdorf, die Startbahn West u.a. zu verhindern, wurde im Unterschied zu den meisten anderen Sozialen- und Protestbewegungen auch militant geführt. FaschistInnen auf den Straßen wurden und werden angegriffen und, viel zu selten, auch FunktionsträgerInnen dieses rassistischen Systems.

Was aber legitimiert uns Autonome dazu, Gewalt anzuwenden, inwieweit unterscheidet sich unsere Gewalt von rechter Gewalt und von Männergewalt in dieser Gesellschaft allgemein? Wieweit dürfen, sollen, wollen oder müssen wir Gewalt ausüben?

Aufgebrochen sind diese Fragen an der Diskussion über den Prozeß gegen die ArolserInnen und die Debatte über militanten Antifaschismus in der Kasseler Stattzeitung im Oktober und November 1993. Wir sind eine Gruppe von Männern, die zu diesem Thema einige Zeit diskutiert haben. Wir haben nicht das Gefühl, jetzt zum Abschluß dieser Diskussion gekommen zu sein, wollen aber mit dem Text Zwischenergebnisse vermitteln und uns Kritik und Fragen von außen öffnen. Außerdem haben wir gemerkt, daß es gerade beim Thema "Männergewalt" zahlreiche Hemmschwellen bzw. Grenzen gibt, die wir nur zum Teil angegangen sind.

In den meisten Medien wird linke und rechte Gewalt gleichgesetzt oder gleich von "rechten Autonomen" geredet. Das ist nicht erstaunlich, haben doch die HERRschenden die Definitionsmacht, was Gewalt ist und was nicht und setzen diese zur Sicherung ihrer Interessen auch ein. Und Gewalt ist in ihrem Sinn nicht das Bauen von immer mehr Strassen, trotz tausender Verkehrstoter oder die Nichteinhaltung selbst elementarster Arbeitssicherheitsmaßnahmen, trotz tausenden von Toten durch Arbeitsunfälle oder sogenannter Berufskrankheiten und auch nicht die Herstellung und der Export von Waffen, trotz Millionen von Toten in aller Welt. Gewalt ist in ihrem Sinn alles, was die Existenz des staatlichen Gewaltmonopols antastet und den HERRschaftskonsens der "freiheitlich-demokratischen-Grundordnung" infragestellt, d.h. alles, was den HERRschenden Ausbeutungsinteressen im Weg steht.

Dies schließt in ihrer Logik auch die Beschädigung von Sachen, wie Autos, Schaufensterscheiben oder Hauswänden ein. Uns ist völlig unklar, wie einer Sache Gewalt angetan werden kann, sie kann lediglich zerstört oder beschädigt werden. In diesem Sinn gibt es für uns keine "Gewalt gegen Sachen". Dieser Terminus dient den HERRschenden zur

Diffamierung und Spaltung von Widerstand und steht in der Tradition des kapitalistischen Eigentumsbegriffs.

Gewalt gegen Menschen ist, so sie im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols (d.h. durch Bullen, Militär ...) angewandt wird, natürlich per se gerechtfertigt. Auch bei faschistischen Gruppen wird erst dann von Gewalt gesprochen, wenn dies durch die öffentliche Aufmerksamkeit eines bestimmten Falles unumgänglich geworden ist. Das ist ja auch nur zu verständlich, betreiben doch die Faschisten oft die gleiche Politik wie die HERRschenden, nur (noch) ohne deren sogenannte demokratische Legitimation. Und, was wir nie vergessen sollten, HERRschaftssicherung heißt auch immer die Durchsetzung einer Weltwirtschaftsordnung, die Millionen von Menschen das Recht auf Überleben abspricht. Allein dies ist uns Legitimation genug, eine solche HERRschaftsform und deren Repräsentanten anzugreifen.

Doch jetzt weiter zu Gewalt bei uns. Natürlich unterscheidet sich der reine Akt der Gewaltanwendung nicht, sei es wenn ein/e Autonome oder ein/e FaschistIn Gewalt ausübt. Entscheidend ist für uns das, was vorher, währendessen und hinterher in den Köpfen der Menschen, die Gewalt anwenden, vorgeht.



Gewalt darf, für uns *nicht beliebig* gegen Menschen angewandt werden, einfach nur so weil mensch gefrustet ist, dem oder der Erstbesten eins überzubraten, d.h. auch, daß nicht jeder dahergelaufene Fascho bis zum Abwinken eine aufs Maul kriegen darf.

Gewalt ist etwas, was wir eigentlich *nicht* einsetzen wollen - wo es uns aber *notwendig und unumgänglich* erscheint *manchmal* einsetzen müssen und wollen! Das scheint zunächst ein Widerspruch zu sein, der sich für uns aber wie folgt auflöst:

Wo es Alternativen zur Anwendung von Gewalt gibt, sollten diese geprüft und wennmöglich genutzt werden. Glorifizierung und Heroisierung von Militanz finden wir völlig daneben - was nicht heißt, daß auch wir uns darüber freuen, wenn es ein Arschloch erwischt hat!

Unser Ziel ist aber immer noch eine HERRschaftsfreie Gesellschaft, die auf der Gleichberechtigung all ihrer Mitglieder beruht. Auf dem Weg zu einer solchen Gesellschaft aber werden wir immer wieder in Situationen geraten, in denen wir ohne die Ausübung von Gewalt in Form von Gegengewalt oder offensiver Gewalt nicht weiterkommen oder bestehen können.

Viele Menschen im Trikont und auch hier werden täglich mit Gewalt konfrontiert und können sich ihr Verhalten nicht aussuchen, ihnen wird Gewalt aufgezwungen und dazu gehören weltweit Frauen, denen von Männern weltweit Gewaltverhältnisse aufgezwungen werden.

(Nicht nur) deshalb ist es unumgänglich ständig zu reflektieren warum, wann und gegen wen Gewalt angewandt wird, um so auch zu verhindern, daß Gewalt sich verselbständigt, zum Selbstzweck wird, zur Kompensation eigener Unzulänglichkeiten dient oder Ausdruck männlichen Macker- und Gewaltverhaltens ist. Letzteres ist auf vielen Antifademos "eindrucksvoll zu bewundern". Schwarzgekleidete, sich als autonome Antifas bezeichnende Macker tragen ihre Revierkämpfe mit meist männlichen Faschos aus und /oder pöbeln Frauen an. Antifa ist 'in' und das scheint auch zu heißen, daß viele Männer ihr Mackerverhalten unter dem Deckmantel Antifa ausleben können und sich dabei moralisch zu den guten Antifaschisten rechnen dürfen.

Auch wir sind nicht frei von solchem Mackerverhalten. Dazu gehören auch coole Sprüche und Verbalradikalismus und das Abwerten von anderen Widerstandsformen sowie das Abqualifizieren von Frauen in Streßsituationen mit Faschos.

Gewalt ist (auch) ein HERRschaftsmittel und uns Männern damit näher als Frauen. Gewaltanwendung ist für uns oft eine Gratwanderung und die Grenzen, wo auch unser Verhalten HERRschaft reproduziert, sind fließend.

Wir definieren unsere Militanz oft als Schutz für vermeintlich Schwächere wie AusländerInnen, Frauen oder Behinderte. Auch diese Beschützermentalität ist Ausdruck patriarchaler Verhaltensweisen und kann auch rassistisch geprägt sein ("der starke weiße Mann").

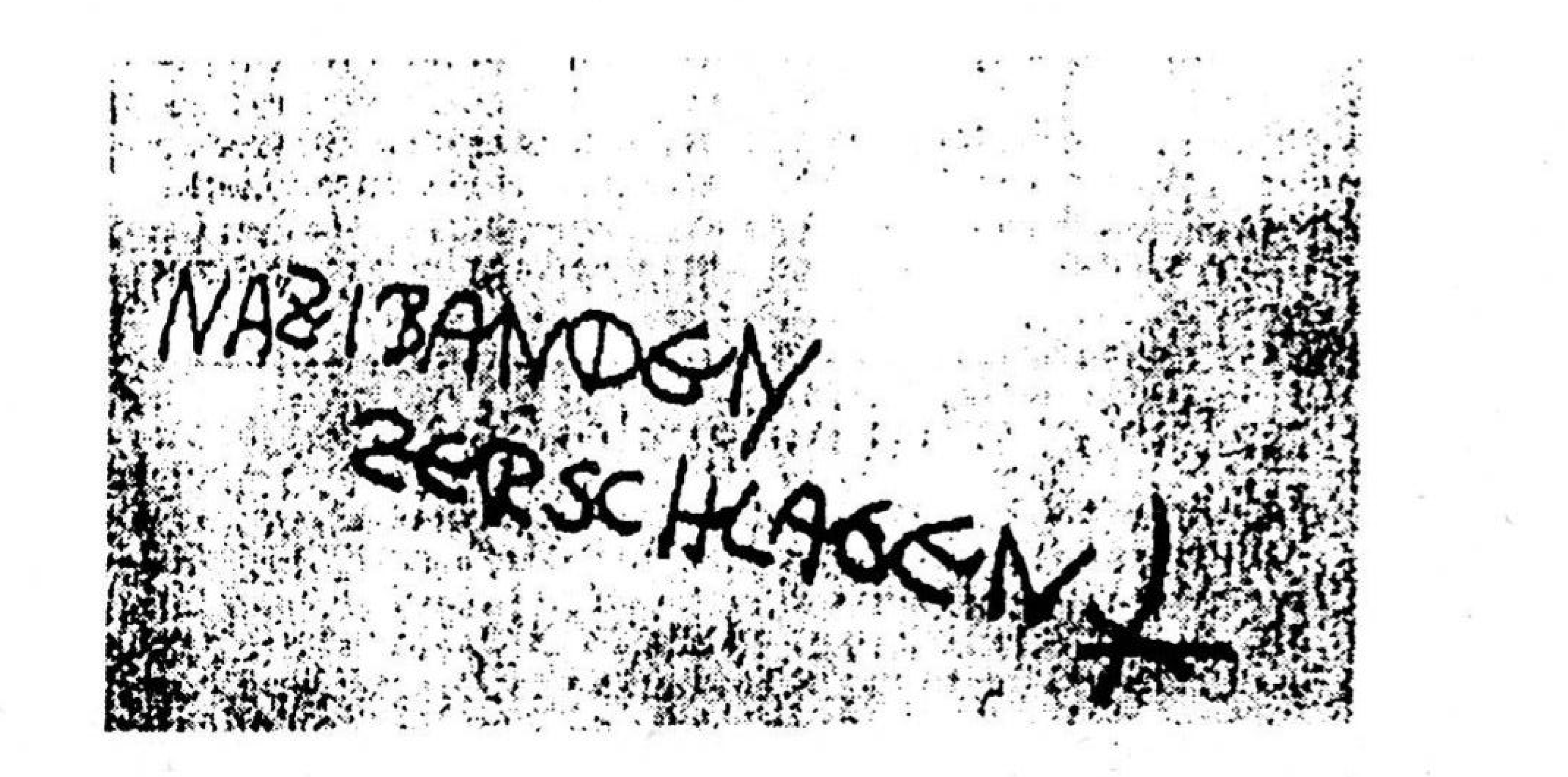
Wie wollen das alles im Kopf haben und uns darüber auseinandersetzen - wir wollen aber auch unsere Grenzen im Zusammenhang mit Gewalt und die Frage ob wir diese überwinden wollen, sollen oder können diskutieren. Wir sind oft unsicher und voller Fragen. Manchmal aber auch wütend, wenn in bestimmten Situationen Gewalt immer an die "Männer für's Grobe" delegiert wird.

Gewalt ist eher destruktiv, denn konstruktiv und weil das so ist, sollten wir auch in Zeiten wie diesen (?) andere Formen der politischen Arbeit nicht vergessen.

Autonome "Gewaltanwendung" heißt für uns auch nicht, die Faschos oder andere Arschlöcher in Punkto Brutalität zu übertreffen und *wahllos und skrupellos* Menschen krankenhausreif zu prügeln oder sie gar zu töten. Wir wollen uns "menschliche" Umgangsformen trotz aller Kämpfe erhalten. Allerdings bestimmen wir den Ablauf von Auseinandersetzungen und die Eskalation von Gewalt nur zu einem kleinen Teil.

Wir denken, daß Gewalt immer auch *unberechenbar* bleibt und wollen Solidarität auch dann, wenn bei einer Aktion nicht alles so läuft, wie wir oder andere sich das vorher denken.

Bei spontanen Aktionen ist das Risiko der Unkalkulierbarkeit indes ungleich höher als bei geplanten, und wir denken, daß diesem Umstand Rechnung getragen werden muß. Wenn bei einer Aktion Leute mitmachen, die sich nicht kennen und/oder die ganze Situation voller Risiken ist, d.h., wenn du nicht sicher sein kannst, daß dich die Bullen *nicht* erwischen, sollten eben, wenn möglich, bewußt niedrige Eskalationsstufen gesucht werden. Das hat unter



anderem auch Arolsen gezeigt, wo die Leute mangels *vorheriger* Auseinandersetzung dem Vorwurf des "versuchten Totschlags" eher hilf- und kopflos ausgeliefert waren.

Und Solidarität mit gefangenen oder verfolgten Antifas heißt nicht kritiklos sein. ***Wir müssen aus unseren Fehlern lernen!!!***

Wir wollen nicht noch mehr von Faschisten ermordete Menschen in diesem Land, und wir wollen die rassistische und sexistische Praxis hier und weltweit nicht einfach so hinnehmen.

Widerstand heißt für uns auch Gewalt anzuwenden - bis zu welchem Maß ist uns auch nach einer monatelangen Diskussion unklar. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen und Verschärfungen in diesem Land werden von Menschen vorangetrieben, die sich nicht oder nur zum Teil von der Unantastbarkeit der Existenz und Menschenrechte und der öffentlichen Diskussion im sogenannten "politischen Raum" beeindrucken lassen. Eines der Mittel, sie einzuschränken, ist die Militanz, trotz aller offenen Fragen und auch wenn wir Angst vor Eskalation haben.

Widerstand heißt halt gründlich reflektiert immer noch Angriff !!!

Ansonsten: das Übliche !

Autonome Männer (AGL)
c/o BAZILLE
Sickingenstr.10
34117 Kassel



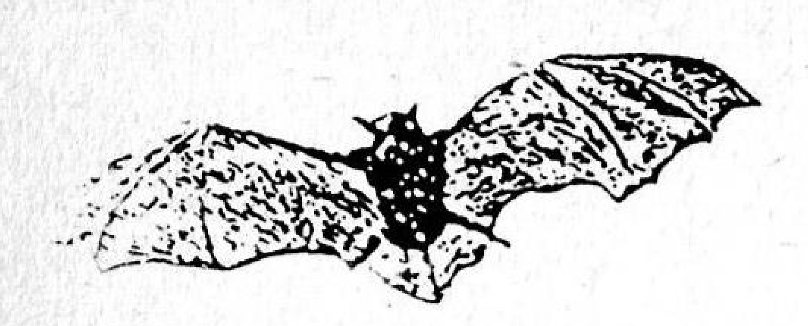






Wir würden uns über Antworten oder Kritik auf unseren Text freuen!

Do. 30. Juni



Chiapas (Mexiko)
Informations- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Situation und zu den Hintergründen des Indigena-Aufstandes
Ort: Mehringhof, Gneisenaustr. 2
Zeit: 30.6.94, 19:00 Uhr
Mexiko-Gruppe im FDCL

Infoladen Daneben im X-B-Liebig: **Do 30.6.**
INFOVERANSTALTUNG ZUR "NEUEN WACHE"
Donnerstag, 30. Juni, 21 Uhr,
Liebigstr. 34, 10247 Berlin-Friedrichshain

Videos im *CLASH*: Donnerstag, (nur Frauen/Lesben)
Do 30.6., 21.00 Uhr:
AK Kraak - Videonachrichten von HausbesetzerInnen
Nr. 6+7 Frühjahr Sommer 91, Die Bedeutung des BesetzerInnenzeichens / Vertragssituation / Halle / 1. Mai / Olympia / Neubesetzungen

---



4. Dessauer OPEN AIR
1. + 2. Juli

FREITAG: Dog Food Five, The Dons, Jingo de Lunch

SONNABEND: No Name, Müllstation, No Fall, Psychisz Teror, MyDevice, Gunjah

... Tiergarten





Fr. 1.7. 20 Uhr Aktuelles aus Guatemala
Film "Romper el cero - Flüchtlinge eines verdeckten Krieges"
nach "Ojalá - Hoffnung auf ein neues Land", ein neuer Film von Thomas Walther und ... Steinzner.
Thomas Walther wird da sein, aktuelles berichten und Fragen beantworten.

Ort: Café KGB c/o Potse, Potsdamer Straße 180
U: Yorckstr., Kleistpark,
Bülowstr., Kurfürstenstr.

Fr 1.7.



DER ERLÖS DES FESTES GEHT AN DIE GEFANGENEN UND ABGETAUCHTEN ANTIFAS, SOWIE FÜR EIN 230-KG-TRAGFÄHIGES LASTENBIKE.

MIT BINDEMITTEL
SOLY 5
BÖSE TANTEN
(TUNTEN ROCKEN GEGEN RECHTS)



ALK ERST AB 18.00

Die BewohnerInnen der besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer lassen sich nicht vertreiben!

MARCHSTRAßE / EINSTEINUFER RÄUMEN ??? ARSCHLECKEN !!!!

SOLI - FETE FÜR PROZEßKOSTEN

TUCHOLSKYSTR: 30 " IM BUCHLADEN "

AM : FREITAG. **Fr 1.7.** : 21 UHR

S-BAHN: ORANIENBURGER STR.

Sa. 2. Juli Demonstration
3 JAHRE BESETZUNGS-FEST (1.-4. Juli) 94
mit Vokü & Band

gegen die Mercedes-Teststrecke ...

Demotreffpunkt: 13[00] Uhr Bahnhof Papenburg

MERCEDEATH BENZ

Anatopia bleibt!

und für ein selbstbestimmtes Leben von Mensch und Tier

Sonntag 3. Juli ab 14.00

S T A S S E N F E S T

Fraenkelufer 4 - 8
Musik, Theater, Essen
Trinken, Kinderprogramm

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion:
MARXISMUS UND ANARCHISMUS - UNAUFLÖSBARE WIDERSPRÜCHE ODER KONSTITUIERENDE MOMENTE FÜR EINE MODERNE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG ?

Mo 4.7.

Montag den 4. Juli
Musik-Cafe Ton-Ton
Boddin- Ecke Isarstr.
(Nähe U-Bhf. Rathaus Neukölln)
19 Uhr

Di 5.7.

Verranstaltungen im *CLASH*:
Dienstag, 5.7.94, 21.00 Uhr

Info- und Disskussionsveranstaltung: 4.Juni '89 - 70 Jahre Tian An Men - Studentenaufstände in China - gestern, heute - und morgen?

Di 5.7. Do 7.7.

Video im *CLASH*:
Dienstag, 5.7.94, 19.00 Uhr und Donnerstag, (nur Frauen/Lesben) 7.7.94, 21.00 Uhr:

AK Kraak - Videonachrichten von HausbesetzerInnen
Nr. 8+9 Winter 92/93: Wir bleiben alle / Weizsäcker-Demo / Rainbow-Festival / Kampagne gegen die Wehrpflicht / Portrait Villa Zeesen / Marchstr./ Einsteinufer / NOlympia-Kampagne

DRUGSTORE & POTSE
BLEIBEN

DEMO voranssichtlich : Sa, 9.7.94
17[00] Kotti
endet mit Kundgebung: Pallas / Ecke Potsdamer
anschließend: Café + Film (Potse)
danach: ca. 21[00] Solikonzert für Jüterboger (Drugstore)
EINTRITT FREI
Achtet auf Plakate

Berlin - Metropole des Widerstands
oder der
BonnerBonzenBullenBeamten?

Veranstaltung am Samstag, 9. Juli 1994, 20.00 Uhr
Ex - Gneisenaustraße 2a - 10961 Berlin





So 17.7.

FRAUEN/LESBEN-FRÜHSTÜCK MIT ANSCHLIEßENDER DISKUSSION AM 17.07.94 AB 11 UHR IM FRAUENRAUM (MEHRINGHOF)

Beim letzten Frühstück am 19.06. haben wir anhand des Textes **"Imperialismus heute"** von **Karam Khella** diskutiert und uns für dieses Treffen auf **Lenin: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"** als Diskussionsgrundlage geeinigt. Eine Frau bereitet den Text vor und wird ihn referieren.

Den Text von Lenin gibt es im Schoko-Café (Mariannenstr. 4). Das Frühstück findet statt im Frauenraum im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, 2.HH, 4.Etage).

FRAUEN/LESBEN-BÜNDNIS GEGEN IMPERIALISTISCHE KRIEGE

Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand!

Die gefangenen kurdisch-türkischen Antifas brauchen Unterstützung:

KOHLE HER!

ANTIFA-SOLI-PARTY

SA. 9.7. V.E.B.7 Brunnenstr. 7, Mitte

Ab 22.00 Uhr: "Adalılar" (Kurdisch-türkische Musikgruppe)

Danach: Tanzen für Fatma, Mehmet und Abidin

